Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 229 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Mittwoch, 3. Oktober 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Christian Roth
Lebensbild eines deutschen Gegenrevolutionärs
Seite 4

Deutsche Industrienot

Vertrauliches Rundschreiben einer Maschinenfabrik

Wir erhalten von befreundeter Seite aus Deutschland nachfolgendes Rundschreiben, dessen Inhalt für die Schwierigkeiten der deutschen Industrie infolge der schrumpfenden Ausfuhr bezeichnend ist. Das Rundschreiben lautet:

MASCHINENFABRIK
KOENIG-WERK G.M.B.H.
Berlin-Charlottenburg 4 / Guben

Charlottenburg 4, im August 1934

An einen kleinen Kreis von Fachleuten des graphischen Gebietes

wenden wir uns in folgender Sache:

Wir suchen neben unseren Koenigs Bogenanlegern einen Fabrikationsartikel, der geeignet ist, die Lücke auszufüllen, die der zurückgegangene Auslands-Absatz hervorruft und bitten Sie, uns zu schreiben, falls Sie etwa aus Ihrer Fachkenntnis heraus in der Lage sind, uns einen Vorschlag zu machen für einen Artikel, den wir aufnehmen könnten.

Es kommen nur maschinenmäßig herstellbare Artikel in Betracht, für die ein gewisser grösserer Mengenbedarf vorliegt sowohl schon bekannte Sachen, die z. B. durch mehr Reklame in grösserem Umfange abgesetzt werden können oder überhaupt neue Maschinen, in diesem Falle genügt uns die Angabe des Zweckes der Maschine, ohne nähere Einzelheiten.

Sie würden uns zu Dank verpflichten, wenn Sie uns einen entsprechenden Fingerzeig geben würden. Wir würden bitten, diesbezügliche Briefe unfrankiert an uns abzusenden.

Wir sehen in vorliegender Bitte eine Anregung, uns eine Gefälligkeit zu erweisen. Sollte sich aus dieser ein ersprießliches Geschäft entwickeln, so würden wir uns zu einer Belohnung erbieten, ohne jedoch eine rechtliche Verpflichtung zu einer solchen zu übernehmen.

Wir haben bisher schon von uns aus Erwägungen nach den verschiedensten Seiten hin angestellt, aber es ist uns nichts eingefallen, was Erfolg verspricht, zumal Sachen von einem geringeren Einzelwert ausscheiden dürften.

Wir sprechen im voraus unseren Dank aus, falls Sie versuchen, uns mit Ihrem sachkundigen Rat behilflich zu sein und uns Vorschläge zu machen, und wir würden uns freuen, wenn sich ein Ergebnis zeigen sollte.

Mit deutschem Gruss
Maschinenfabrik Koenig-Werk
G.m.b.H.

Den wahrhaft kläglichen Ton dieses Rundschreibens einer um ihren Ausland-Absatz gebrachten Maschinenfabrik muß man mit den Siegesfanfaren vergleichen, die Hitler und seine Unterbonzen über ihre „Erfolge" für Deutschland immer wieder hinausschmettern.

Der „Führer" eilt von Fest zu Fest und läßt sich triumphal feiern, aber in dem von ihm mehr kujonierten als regierten Reiche geht es überall rückwärts.

Fabrikanten setzen Prämien aus für den, der in ihrer verzweifelten Situation einen Rat weiß, welchen Artikel sie auf den unbeschäftigten Maschinen fabrizieren und durch entsprechende Reklame im Inlande absetzen könnten.

Für die Rückeroberung des Auslandmarktes gibt man überhaupt die Hoffnung auf. Die Fabrikanten bemühen sich vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten und suchen verzweifelt nach neuen Produktionsmöglichkeiten, um wenigstens bis zu einem gewissen Grade den Betriebsgang aufrechtzuerhalten.

Derartige Produktionsumstellungen bergen aber in sich große Gefahren für die gesamte deutsche Wirtschaft. Die Aufnahme einer neuen Erzeugung ist stets mit Kapitalinvestitionen verbunden, die zu Fehlinvestitionen werden. Wenn heute beispielsweise die Kunstseidenproduktion auf Kosten der Baumwollwarenerzeugung enorm ausgedehnt wird, wenn Kunstwollerzeugnisse und Ersatzstoffe ihre Produktion auf Kosten der Wollindustrie vergrößern, wenn neue Papierwarenfabriken ins Leben gerufen werden, die ausschließlich deutsches Holz verarbeiten sollen, so handelt es sich hier um Kapitalfehlinvestitionen. Denn bei Wiederherstellung normaler Verhältnisse wird diese künstlich aufgeblähte Produktion zwecklos sein.

Die Werksfriedhöfe aus der Kriegs- und Inflationszeit, die man heute noch in Deutschland findet, reden eine stumme, aber deutliche Sprache. Sie sind eine Warnung für alle die, die denken und sehen können. Sie erinnern daran, daß Fehlinvestitionen nach Jahren, wie schon einmal, zum Verhängnis der Allgemeinheit werden.

Vor zwei Jahren hat der gewissenlose und leichtfertige, heute nach allen Regeln der Kunst abgesägte Franz v. Papen als Reichskanzler in Lausanne die Früchte der mühevollen und dornenreichen „Erfüllungspolitik" Rathenaus und Stresemanns geerntet. Deutschland wurde endlich von Reparationszahlungen befreit. Der Weg zum Aufstieg schien offen zu sein. Eine neue, bessere Zukunft winkte dem deutschen Volk nach Jahren der Leiden. Aber da kam am 30. Januar 1933 Adolf Hitler, und es begann das politische und wirtschaftliche Hasardeurspiel. Billiger innerpolitischer Demagogie wegen wurde in gewissenloser Weise allen wirtschaftlichen Gesetzen zum Trotz der Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsrummel in die Wege geleitet. Heute sehen wir bereits die Früchte dieser gewissenlosen Politik.

Englischer Brief

O. G. London, Ende September.

Langsam erwacht die englische Politik wieder aus ihrem Sommerschlaf. Die Minister kommen aus ihren Ferien zurück, der erste Kabinettsrat nach den langen Ferien hat bereits unter Baldwins Vorsitz stattgefunden. Auch Macdonald ist auf dem Heimwege nach seinem dreimonatigen Erholungsurlaub — nicht allzuviele freilich werden seine Rückkehr zur aktiven Politik mit der gleichen freudigen Erleichterung begrüßen, mit der seinerzeit seine Urlaubsreise nach Kanade begrüßt wurde. Die Presse beschäftigt sich wieder mehr mit politischen Problemen, wenn auch andere Fragen, wie der Stapellauf des Riesendampfers und der Besuch der Prinzessin Marina, der Braut des jüngsten Königssohnes, nach wie vor einen Riesenplatz in den Zeitungen verschlingen. Das Parlament tritt im Oktober wieder zusammen, ohne allerdings allzuwichtigen Beratungsstoff vorzufinden.

Die wichtigen Dinge sind zunächst der Regierung allein vorbehalten: im Innern vor allem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, nach außen die Stellungnahme zu den drängenden europäischen Problemen.

Englands innere Sorgen

Die Arbeitslosigkeit ist in dem letzten halben Jahr ziemlich stabil geblieben, die Hoffnung auf weiteren Rückgang hat sich nicht erfüllt. Die Regierung hat bisher die Dinge treiben lassen; als Aeußerstes hat sie sich dazu entschlossen, Kommissare in die vier hauptsächlichen Elendsgebiete zu entsenden, wo die Arbeitslosigkeit seit vielen Jahren chronisch ist und ganze Industriestädte verelendet sind. Die Berichte dieser Beauftragten liegen jetzt vor (veröffentlicht wurden sie nicht). Wird die Regierung nun endlich handeln? Die Junghonservativen und ihre Freunde drängen, sie wollen Aktionen sehen, sie fordern öffentliche Arbeiten und propagieren zum Teil sogar Planwirtschaft. Aber noch wiegen die alten Herren in der Regierung vor. Man spricht jetzt allerdings wieder von einer Regierungsumbildung, die jüngeren Kräften den Weg bahnen soll. Der Innenminister, ein trockener Bürokrat, der Gesundheitsminister, der für das Versagen der Wohnungspolitik verantwortlich ist, und der Kolonialminister werden als die ausersehenen Opfer genannt, die durch Versetzung ins Oberhaus getröstet werden sollen. Außenminister Simon steht diesmal offenbar nicht mehr auf der Abbauliste, er ist nicht mehr so unpopulär wie vor einem halben Jahr, seine Genfer Rede „gegen" Polen hat sogar eine durchweg gute Presse gehabt.

Was will Englands Außenpolitik?

Allerdings darf man sich nicht über die Tatsache täuschen, daß die englische Außenpolitik sachlich gesehen nach wie vor schwankend und unklar ist. Zeitweise sah es so aus, als habe sich England — beeinflußt durch die Verlegenheit der Nazipolitik — endgültig der französisch-russisch-italienischen Front angeschlossen. Baldwin sprach das berühmt gewordene Wort von der „Grenze am Rhein", England billigte offiziell den Ostpaktvorschlag, die oft offiziöse „Times" erklärte damals in einem Leitartikel, die Stellungnahme Deutschlands zu diesem Vorschlag sei ein Prüfstein für die Ehrlichkeit Hitlers. Aber als Deutschland jetzt den Pakt ablehnte, war man in England ganz zufrieden, weil man wieder ein Stück Verantwortung losgeworden zu sein glaubt. Auch in der österreichischen Frage sucht

England sich mehr und mehr von den anderen interessierten Mächten zu distanzieren. Die alte Parole des Ausweichens von Widerständen und vor Bindungen ist wieder Trumpf. So ist man bereit, Polen in der Minderheitenfrage nachzugeben — man ärgert sich höchstens über die Methoden Becks, aber gibt ihm in der Sache mehr oder weniger Recht.

Auf der Rechten propagieren die Presselords die Isolierungspolitik, auf der Linken fürchtet man aus einem unfruchtbaren Gefühlspazifismus heraus jede Politik, die zu einem Konflikt führen könnte, und ist daher allzuleicht bereit, jedem der droht, nachzugeben, nur um ihn zu beruhigen. Daß eine solche schwankende und unverbindliche Politik gerade die Sarupellosen anfeuert und dadurch geradezu Konflikte herbeiführt, sehen diese blinden Gefühlspazifisten nicht. Die Gewerkschaften haben freilich die Gefährlichkeit dieses unrealen Pazifismus erkannt. Auf ihrem jüngsten Kongreß haben sie die Forderung, jeden Krieg mit Generalstreik zu beantworten, abgelehnt, mit der ausdrücklichen Begründung, daß eine solche Haltung nur den faschistischen Ländern nützen würde, da dort ja der Generalstreik vor allem schon seine Vorbereitung und Propagierung unmöglich sei. Wird die Labour Party den gleichen Realismus zeigen? Wir werden es bald sehen.

Die Parteien tagen

Anfang Oktober tritt in Southport der Labour-Parteitag zusammen. Zur gleichen Zeit tagen die Konservativen in Bristol. Die Liberalen hatten bereits die Tagung ihres Zentralausschusses dieser Tage und der Gewerkschaftskongreß hat ebenfalls bereits kürzlich stattgefunden.

Die Liberalen hatten eine folgenschwere Entscheidung zu fällen. Sie standen vor der Frage, ob sie aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen sollten. An sich ist die Situation dieser Partei hoffnungslos. Sie hat keine klare Politik und ist außerdem in drei Teile gespalten; die Simon-Liberalen (genannt nach dem Außenminister Sir John Simon), die in der Regierung sitzen und sich nur noch nominell von den Konservativen unterscheiden, die oppositionellen und freihänderischen Samuel-Liberalen, die über die Parteimaschine verfügen, und das Familiengrüppchen Lloyd Georges. Ein führender alter Samuel-Liberaler hatte nun den Vorschlag gemacht, die Partei solle bei den nächsten Wahlen nur noch in aussichtsreichen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Da die Zahl solcher Wahlkreise sehr gering ist, wäre das eine Art Selbstmord gewesen. Der Zentralausschuß lehnte auch diesen Vorschlag fast einstimmig ab; sie will mit mindestens 400 Kandidaten in die Wahl ziehen. Daß sie auch nur einen nennenswerten Teil davon durchbringen wird, ist ausgeschlossen, aber bei der Eigenart des englischen Wahlrechts kann dieser Beschluß doch weitreichende Folgen haben.

Der konservative Parteitag findet kein großes Interesse, selbst nicht in der eigenen Presse. Der rechte Flügel unter Führung von Churchill und Lord Lloyd läuft Sturm gegen die herrschende gemäßigte Gruppe unter Baldwin, aber niemand erwartet vom Parteitag einen Sieg der Rechten, der sog. Diehards. Der Kampf dreht sich im wesentlichen um die folgenden Fragen: 1. Soll die Koalitionspolitik mit Macdonald und der Simon-Gruppe fortgesetzt werden oder soll man wieder zur rein konservativen Politik und Regierung zurückkehren? 2. Die Indienpolitik (die Diehards bekämpfen die angebliche Verzichtspolitik der Regierung und das Nachgeben gegenüber der indischen Freiheitsbewegung). 3. Die Rüstungspolitik (die Rechte wirft der Regierung vor, daß sie zu langsam und zu wenig aufrüste). 4. Die Reform des Oberhauses (die Rechte will durch eine rechtzeitige Scheindemokratisierung des Oberhauses, die aber den Konservativen die Herrschaft lassen soll, einer eventuellen Labourmehrheit im Unterhaus einen Hemmschuh in den Weg stellen). Daß die Rechte Baldwin ernstlich gefährlich werden kann, scheint zur Zeit ausgeschlossen, wenn auch vor allem in der Rüstungsfrage Beschlüsse möglich sind, die die Regierung zur Eile antreiben sollen.

Labourparty
zwischen Reformismus und Radikalismus

Mehr Interesse findet der kommende Labour-Parteitag in der gesamten Presse. Die Hochstimmung des vorigen Jahres in der Labour Party, wo man vielfach mit der Mehrheit bei den nächsten Wahlen rechnete, hat zwar einer nüchternen Betrachtung Platz gemacht. Zwar gelang es, London zum ersten Male zu erobern, aber andere Nachwahlen waren weniger günstig, und auch die Mitgliederzahl der Partei hat nicht zugenommen, es ist sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Trotz aller Nüchternheit beschäftigt man sich aber nach wie vor ernsthaft mit den Problemen nach der Machtergreifung. Hier ist es der altbekannte Kampf zwischen Reformismus und Radikalismus, der immer wiederkehrt. In England ist man sich zwar darüber einig, daß eine sozialistische Regierung die Wirtschaftsumgestaltung energisch in Angriff nehmen müsse, man ist sich auch darüber einig, daß zuerst das Kreditwesen und die Schlüsselindustrien sozialisiert werden müssen, aber man ist sich nicht einig über Tempo und Methoden. Die Gewerkschaften bilden den reformistischen Flügel. Sie haben sich auf ihrem Kongreß u. a. mit der Sozialisierung der Eisenindustrie befaßt. Es wurde zwar die Vergesellschaftung (nicht Verstaatlichung) dieser Industrie gefordert, aber die Entschließung war recht zurückhaltend und vorsichtig, sie betonte, daß die Sozialisierung ein langwieriger Prozeß sein müsse und stellte die Schwierigkeiten stark in den Vordergrund. Der dem Labour-Parteitag zu diesen Fragen vorliegende Bericht ist zwar etwas entschiedener. Das neue Wirtschaftsprogramm sieht die völlige, sofort zu beginnende Sozialisierung des Kreditwesens und der wichtigen Industrien vor. Den bisherigen Eigentümern soll dabei eine Entschädigung gewährt werden, aber nur in engen Grenzen in der Form einer zeitlich beschränkten Rentenablösung. Aber die Reformisten sehen in diesem Programm nur ein Ziel, der radikale Flügel um Cripps fordert dagegen, daß die nächste Labourregierung ein sozialistisches Fünfjahresprogramm der Sozialisierung aufstellen soll, das als Mindestprogramm in einer Parlamentsperiode durchgeführt werden müsse; der Cripps-Flügel will weiter, daß bereits jetzt angegeben werde, mit welchen Mitteln der zu erwartende Widerstand der Kapitalisten (sei es im Oberhaus, sei es in der Presse, sei es an der Börse) gebrochen werden solle. Es ist sicher, daß der Cripps-Flügel sich nicht durchsetzen wird, wenn auch der Parteivorstand jetzt die Beseitigung des Oberhauses als Ziel proklamiert hat. Neben dieser allgemeinen Programmdebatte wird die Außenpolitik eine erhebliche Rolle spielen. Der außenpolitische Teil des Programmentwurfs ist noch von der farblosen pazifistischen Ideologie durchsetzt, die nicht wahrhaben will, daß sich gewisse Dinge in Europa geändert hatten. Aber die Schwenkungen der Gewerkschaften wird auch auf die Partei Rückwirkungen haben, wenngleich dort der Widerstand der meist aus dem liberalen Lager kommenden Pazifisten stärker sein wird. Ein Kampf wird auch um die Beteiligung an von Kommunisten gegründeten Sonderorganisationen entbrennen, vor allem um das Hilfskomitee für die Opfer des deutschen Faschismus, an dem u. a. Lord Marley, Ellen Wilkinson, Harold Laski und andere führende Labourleute eine rege Tätigkeit entfalten. Wenn auch dieses Komitee nicht immer gerade mit Takt und Geschick arbeitet, so ist es dennoch zweifelhaft, ob das vom Parteivorstand geforderte Verbot der Teilnahme von Labourmitgliedern an diesem Komitee gerade besonders klug ist. Hier scheint engherzige Parteibürokratie sich gegen die sonst in England übliche weitsichtigere Haltung durchgesetzt zu haben.

Schließlich wird der Parteitag noch eine wichtige personelle Entscheidung zu fällen haben. Henderson hat sein Amt als Generalsekretär der Partei niedergelegt. Er ist alt, krank und abgekämpft und versteht die heutige Zeit nicht mehr immer. Wer wird sein Nachfolger in diesem wichtigen Parteiamt werden? Drei Namen werden genannt: Morrison, Greenwood und Middleton. Morrisons Wahl wäre ein Programm, dieser an sich auf dem rechten Flügel stehende Mann ist eine Führerpersönlichkeit starken Formats, dabei ein wahrer Sozialist und ein fähiger Verwaltungsmann. Greenwood, Gesundheitsminister des letzten Labourkabinetts, ist etwas farbloser als Morrison, aber auch er ist ein Politiker von Rang mit theoretischen Qualitäten. Middleton dagegen, bisher stellvertretender Sekretär, ist ein Mann der Parteibürokratie, er würde verwalten — sicherlich ausgezeichnet verwalten — aber nicht führen. Die Personenwahl wird darüber entscheiden, welche Bedeutung dem Amt des Sekretärs in Zukunft zukommt. Die personelle Entscheidung hat also auch erhebliche sachliche Bedeutung.

Außenpolitische Schwenkung Rumäniens

Folgen von Titulescus Rücktritt

Bukarest, 2. Oktober. Die Regierung Tatarescu ist zurückgetreten. Nach einem amtlichen Kommunique begründet Tatarescu seinen Schritt damit, daß dem König vor der Eröffnung der Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften Gelegenheit gegeben werden müsse, die politische Lage zu prüfen, sowohl was die von der Regierung bisher geleistete Arbeit betreffe, als auch hinsichtlich der für die kommende Zeit in Aussicht genommenen Lösungen. Tatarescu selbst hat mitgeteilt, daß er bei der Neubildung der Regierung gewisse Aenderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts vornehmen werde.

Wie kurz nach der Neubetrauung Tatarescus mit der Regierungsbildung aus Kreisen, die Außenminister Titulescu nahestehen, bekannt wird, **dürfte sich Titulescu nicht bereit zeigen, das Außenministerium im neuen Kabinett Tatarescu wieder zu übernehmen.**

Urteile in Paris

Paris, 2. Oktober. Die Pariser Blätter bedauern einmütig den Rücktritt Titulescus. Es scheint sicher, daß ihn die außenpolitischen Ereignisse und die besondere Lage in Genf zum Rücktritt veranlaßt haben. Verschiedene Blätter hoffen, daß der Rücktritt nur vorübergehend sei.

„Le Jour" weist auf den Zwiespalt hin, der König Carol und seinen Ministerpräsidenten Tatarescu von Titulescu trenne. Es handele sich nicht etwa nur um eine formale Kabinettsumbildung, sondern um eine viel ernstere Aenderung. Titulescu gehe, weil sein Ministerpräsident, seine Kollegen und die Mehrheit seiner Partei eine Politik ablehnten, die darauf hinauslaufe, den Wolf (d. h. Sowjetrußland) in die Hürde zu lassen. Sein Abtreten bedeute, daß Rumänien sich von Frankreich entferne. Das sei eine Folge der erstaunlichen sowjetfreundlichen Politik des Quai d'Orsay. Rumänien sei damit auf die Verlustliste zu setzen, auf der bereits Polen stehe.

„Oeuvre" hält den Rücktritt Titulescus, falls er endgültig werden sollte, als sehr beunruhigend für diejenigen Kreise in Frankreich und Europa, die vor allem auf die Erhaltung des Status quo bedacht seien. In Bukarest mache sich wie fast überall in der Welt das Bedürfnis nach neuen Formeln und neuen Männern bemerkbar. Die Gegner der Kleinen Entente würden besonders glücklich sein, wenn sie sich Titulescu entledigen könnten, der wohl am meisten für die Einheit der Kleinen Entente getan habe.

„Echo de Paris", das den staatsmännischen Fähigkeiten Titulescus Anerkennung zollt, spricht von einem außenpolitischen Druck, für den das Blatt Berlin, Rom und Warschau verantwortlich machen möchte. König Carol müsse sich klar werden, daß er jetzt zwischen einem Abenteuer und der Befestigung der bisher erzielten Ergebnisse zu wählen habe. Bei der jetzigen Lage würde Titulescus Fortgang von allen Friedensfreunden bedauert werden; denn niemand habe größeren Anteil genommen an allen Versuchen, die Verträge und internationalen Gesetze gegen jeden gewaltsamen oder heimtückischen Angriff zu verteidigen als er.

„Excelsior" ist der Meinung, daß der Vorstoß des polnischen Außenministers Beck in der Minderheitenfrage in Genf direkt zum Ausbruch der Regierungskrise in Rumänien beigetragen habe. Titulescu habe wohl das Gefühl gehabt, in dieser Frage von seinem Ministerpräsidenten nicht energisch genug unterstützt worden zu sein. Wie jedenfalls auch die Krise ausgehen möge, Frankreich habe nur den einen Wunsch, daß bei den kommenden französisch-südslawischen und französisch-italienischen Verhandlungen die Kleine Entente nicht zu schwanken beginne.

Die spanischen Wirren

Rücktritt der Regierung Samper

Madrid, 1. Oktober.

Die spanische Regierung hat am Montagnachmittag ihren Rücktritt beschlossen.

Nach dreimonatiger Ferienpause trat das Parlament unter umfassenden Sicherheitsmaßnahmen der Polizei zusammen. Ministerpräsident Samper nahm sofort das Wort, um seine bisherige Politik zu rechtfertigen. Dann erklärte der Führer der Katholischen Volksaktion Gil Robles, seine Partei werde die Regierung nicht mehr unterstützen. Die Kabinettsmitglieder zogen sich darauf zur Beratung zurück. Nach kurzer Zeit teilte der Landwirtschaftsminister der Presse den Rücktrittsbeschluß der Regierung mit.

In spanischen politischen Kreisen rechnet man damit, daß der Staatspräsident nochmals den früheren Regierungschef Leroux mit der Bildung des Kabinetts beauftragen wird. Leroux verhandelte in den letzten Tagen mit Gil Robles und soll nach einer unbestätigten Meldung zu einer Verständigung mit dem Führer der Katholischen Volksaktion gekommen sein.

Diese Regierungsaktion ist möglicherweise geeignet, die spanische Sphinx einer Entschleierung entgegen zu führen. Die politischen Zusammenhänge Spaniens sind für den Außenstehenden außerordentlich verworren. Wir geben unserem Madrider Berichterstatter das Wort in einem Bericht, den er vor etwa einer Woche absandte:

Zurück nach Genf?

Ein Berliner Aufsatz

Paris, 2. Oktober 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Die französischen Blätter geben fast ausnahmslos den Inhalt eines Artikels wieder, den Paul Scheffer im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht hat, und in dem er geradezu eine Lanze für den Völkerbund bricht. Man müsse, so sagt er, den Völkerbund nehmen, wie er nun einmal sei. Er leide an all den Unvollkommenheiten, die nun einmal menschlichen Dingen anhafteten. Aber er besitze unstreitbar politische Bedeutung, die noch durch Ereignisse vergrößert worden sei, die sich in Abwesenheit der Deutschen begeben hätten. Der Völkerbund stelle ein wichtiges Element dar für die Unterhandlungen, die Deutschland mit einem großen Teil der europäischen Nationen zur Erlangung seiner Rechte pflegen müsse.

Die französischen Zeitungen sind der Auffassung, daß in Anbetracht des strengen Regiments, das in Deutschland über die Presse geführt werde, keine deutsche Zeitung unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit derartige Sätze schreiben würde. Man stellt die Frage, ob Deutschland etwa in naher oder ferner Zukunft in den Völkerbund zurückkehren wolle.

Die „roten Flieger"

„Ueberfall" auf Berlin

Berlin, 2. Okt. Ein 14jähriger Arbeiterjunge aus Berlin stand dieser Tage vor Gericht unter der Anklage, am 1. Mai 1933 illegale Flugblätter verteilt zu haben. Im Laufe des Prozesses stellte sich heraus, daß derselbe Junge im Juli vorigen Jahres vom Dache eines Gebäudes am Alexanderplatz Flugblätter hinunterflattern ließ. Diese Knabentat war der Ursprung der berühmten Goebbels-Legende über die geheimnisvollen antifaschistischen Flieger, die Berlin überflogen haben sollten. Wie erinnerlich, hatte kein Mensch die legendären roten Flieger gesehen, wohl aber das Propagandaministerium der Presse anbefohlen, eine große Kampagne für den Ausbau der deutschen Luftflotte einzuleiten. Wie man sieht, haben Lügen mitunter sehr lange Beine im „dritten Reich".

Werner Hirsch freigelassen

Prag, 2. Okt. In Prag ist der frühere Chefredakteur der „Roten Fahne" und Mitarbeiter Thälmanns, Werner Hirsch, eingetroffen. Er war 1933 gemeinsam mit Thälmann verhaftet worden und hatte den Leidensweg durch eine Reihe von Gefängnissen und Konzentrationslager durchgemacht.

Das Neueste

„Echo de Paris" will ankündigen können, daß Ministerpräsident Doumergue in seiner nächsten Rundfunkrede einen besonders scharfen Vorstoß gegen den Marxismus unternehmen und in einem unmittelbaren Aufruf an die Arbeiterklasse die „trügerischen Versprechungen der Sozialisten und Kommunisten" brandmarken werde.

Während einer Wahlversammlung zum Generalrat kam es zu einem Krawall, wobei zwei Personen verletzt wurden. In mehreren Kantonen verzichtete man Versammlungen abzuhalten und die Bevölkerung wurde durch Wahlplakate verständigt.

Der Gerichtshof in Sofia fällte sein Urteil gegen 83 Kommunisten, von denen 9 zum Tode, 2 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 33 zu Gefängnisstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt wurden. 39 Verurteilte erhielten Strafaufschub.

In der Untersuchung gegen den der Entführung des Lindbergh-Kindes verdächtigen Hauptmann sind bisher keinerlei Fortschritte erzielt worden.

Wie aus Malta berichtet wird, haben die dortigen Rechtsanwälte einen 24stündigen Proteststreik gegen die Einführung der maltesischen Sprache als Gerichtssprache erklärt. Sie haben den Richtern mitgeteilt, daß sie am Dienstag, an dem die höheren Gerichtshöfe ihre Tätigkeit beginnen, keiner Verhandlung beiwohnen werden. Die Arbeiterpartei begrüßt dagegen die Einführung des Maltesischen in den Gerichten und bezeichnet auf Maueranschlägen den gestrigen Montag als einen bedeutsamen Tag für Malta.

Für Deutschland 13. JANUAR Gegen Hitler!

SAAR-BEILAGE

DEUTSCHE FREIHEIT

Garantien für die jüdische Minderheit

Genf, 2. Okt. In Zusammenhang mit der Sondersitzung des Rates des Völkerbundes zur Erörterung des Saar-Problems, die für November einberufen werden soll, verlautet hier, daß das Saarland nie ein Teil Hitlerdeutschlands werden wird, wenn die deutsche Regierung sich nicht bereit erklärt, die Rechte der Juden dort zu garantieren.

Die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, daß der Rat beabsichtige, die Frage des Schutzes der Juden in der Saar zu einer der Hauptfragen zu machen. Graf Aloisi, der Vorsitzende des Dreierkomitees, das der Völkerbund zur Behandlung der Saar-Frage ernannt hat, wird an die deutsche Regierung die Frage richten, ob sie beabsichtige, die Rechte der Juden in der Saar zu garantieren, falls das Ergebnis der Volksabstimmung vom Januar 1935 das Saargebiet wieder mit Deutschland vereinigen würde. Wenn die Antwort der deutschen Regierung nicht definitiv den Willen zur Gewährung vollen Schutzes für die Juden des Saarlandes zum Ausdruck bringen wird, wird — wie verlautet — der Völkerbund eine Resolution annehmen, in der es zur Bedingung gemacht wird, daß die Vereinigung des Saargebietes mit Deutschland — selbst wenn die Volksabstimmung für Hitler-Deutschland ausfiele — völlig davon abhängen soll, welche Garantien Deutschland geben wird, die jüdische Bevölkerung in der Saar zu schützen. Bekanntlich werden jetzt schon zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses für Saar-Fragen Baron Aloisi und dem deutschen Gesandten in Bern Weizsäcker Verhandlungen über die Saar-Frage geführt.

Die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt auch, daß der Völkerbund die ihm vom Joint Foreign Committee des Board of Deputies of British Jews und vom Comité des Delegations Juives unterbreiteten Memoranda betreffend den Schutz der jüdischen Rechte in der Saar in der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates im November behandeln wird.

Ein Sonder-Memorandum über das jüdische Problem im Saargebiet wurde auch von Dr. Segal, dem politischen Vertreter der Revisionistischen Exekutive, Graf Aloisi, übergeben. Das Memorandum bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Völkerbund alle nur möglichen juristischen Maßnahmen ergreifen wird, damit ein spezieller Paragraf, der den legalen Status und die politischen Rechte der Juden in der Saar garantiert, vorgesehen wird, ungeachtet dessen, wie das Ergebnis der Volksabstimmung ausfallen wird.

*

Soweit die Meldung aus Genf. Wer wird zweifeln, daß Hitler alle „Garantien" gewährt? Und wer wird zweifeln, daß er jede Zusicherung bricht? Und wie will der Völkerbund den Mann des 30. Juni zwingen, seine Zusagen zu halten?

Wenn die Welt ruhig zusieht, daß Hitlerdeutschland „geheim" aufrüstet, wird sie schwerlich Sanktionen zugunsten einiger tausend Juden im Saargebiet ergreifen.

Es gibt nur eine Garantie gegen Hitlers Barbarentum: man muß ihm durch die Abstimmung am 13. Januar den Weg ins Saargebiet versperren.

Oberlindober-Rummel

Das Geständnis des „Reichsführers"

Am Sonntag fand in Zweibrücken der zweite saardeutsche Kriegsopfer- und Soldatentag statt. „Ueber 20000 Saardeutsche — so berichtet hocherfreut die braune Presse — waren herbeigeeilt, um gemeinsam mit den Brüdern aus dem Reich ein überwältigendes Treuebekenntnis zum Führer und Reichskanzler abzulegen." Schon wieder einmal sind also viele tausend Saarländer mit der Registermark nach dem Reich gefahren. So geht es Woche für Woche. Immer neue Tausende werden nach dem Reich abkommandiert und da wundert man sich im Saargebiet, daß hier das Geschäft im Einzelhandel zurückgeht.

Und nun zum Kriegsopfertag selbst. Der Reichsführer der Kriegsopfer mit dem schönen Namen Oberlindober, hat in Zweibrücken eine große Rede gehalten. Diesem Naziführer ist eine kleine Entgleisung unterlaufen. Er sagte: „Es ist vermessen, heute zu sagen, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten eine andere Entscheidung des Saargebietes erzwingen, als die Entscheidung für das Deutschtum und für das deutsche Volk, denn jene Wirtschaft, meine Kameraden, ist bedingt durch die Kräfte, die in dieser Wirtschaft lebendig sind. Und wenn sich in der saarländischen Wirtschaft die Arme deutscher Männer regen, wenn deutscher Geist diese Wirtschaft zur Blüte und zur Entfaltung bringt, so werden diese Motoren der Wirtschaft stillstehen in dem Augenblick, in welchem die lebendige Verbindung zu dem gesamten deutschen Volkskörper abgerissen wird."

An Drohungen von nationalsozialistischer Seite, die auch in diesem letzten Satz ganz unverblümt enthalten sind, haben wir uns schon so daran gewöhnt, daß wir uns lediglich darauf beschränken, diese neue Verletzung der Abstimmungswahlkampagne zu registrieren. Bemerkenswert ist es, daß dieser Oberlindober glatt zugibt, daß die „wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes erfordern. **Die Rückgliederung bedeutet wirtschaftlichen Zusammenbruch. — Das gesteht nunmehr auch der Oberlindober, und mit ihm die ganze braune Gesellschaft ein.** Bisher hieß es immer, daß derartige Behauptungen „Lügen der Marxisten" seien. Aber die Wahrheit kann auf die Dauer eben nicht verheimlicht werden. Und nun müssen sie selbst zugeben, daß die Rückgliederung dem Saargebiet einen schweren Schlag versetzen wird.

Aber, da er mit wirtschaftlichen Argumenten nichts anfangen kann, fordert der Oberlindober die Saarländer auf, deshalb für Hitler zu stimmen, weil dies „die Stimme des Blutes" erfordere. Auch das ist ein Fehler, daß der „Reichsführer" an die Stimme des Blutes erinnert; denn die Stimme des Blutes der Tausenden von deutschen Männern und Frauen, die in den Folterkammern der SA., SS. und der Gestapo geflossen ist, schreit zum Himmel und ruft zur Vergeltung.

Hitler-Lockvögel

Unter „Lockvögel" versteht man im Einzelhandel solche Waren, die im Schaufenster unter dem Einkaufspreis ausgestellt werden, um auf diese Weise das Publikum zum Kauf zu verlocken. Dieser eines „ehrbaren Kaufmanns" unwürdige Anreißermethode bedient sich heute das Hitlerregime, um die Saarbevölkerung zu bluffen. Allmählich sehen auch die gerissensten Agitatoren der braunen Front selbst ein, daß man allein mit der Parole „die Stimme des Blutes" die Saarbevölkerung für sich nicht gewinnen kann. Man muß schon den Saarbewohnern etwas Konkreteres bieten.

Vor einiger Zeit machte man zu diesem Zweck eine große Reklame für die Ferngasversorgung. Die braune Presse an der Saar überschlug sich, um auszumalen, welch wunderbare Aussichten dem Saargebiet durch die Ferngasversorgung winke. Nun ist es aber still geworden um dieses Projekt, denn die antifaschistischen Blätter konnten ganz eindeutig den Nachweis erbringen,

daß die Ferngasversorgung ein glatter Betrug ist, daß sie zwar Kommerzienrat Röchling, der hinter diesem ganzen Projekt steckt, große Verdienste abwerfen wird, daß sie aber dem Saargebiet nur Nachteile bringen muß, weil die Ferngasversorgung einen Teil der Kumpels und der Gasarbeiter brotlos machen wird.

Nun hat man sich lange den Kopf zerbrochen, wie man eigentlich die Saarbevölkerung neuerdings täuschen könnte. Endlich ist man auf eine geniale Idee gekommen. Das Deutsche Nachrichtenbüro verbreitete in diesen Tagen folgende Meldung:

„München, 27. Sept. Die Reichsregierung sowie die preußische und bayerische Regierung haben in großzügiger Weise beschlossen, die Ostertalbahn bis an die Saargrenze zu bauen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Bahn innerhalb des Saargebiets sofort nach der Rückgliederung fortgesetzt wird. Die genannten Regierungen werden mit aller Beschleunigung eine Gesellschaft zum Bau und Betrieb der Ostertalbahn nach dem Vorbild der preußischen Kleinbahnen bilden. Diese wird mit dem Bau der Bahn so bald wie möglich beginnen."

Der Sinn dieser Ankündigung als Lockmittel für die Abstimmung tritt zu deutlich in Erscheinung. Ausgerechnet genau bis an die Grenze soll der Schienenstrang geführt werden. Dieser Plan, dessen Durchführung im übrigen keineswegs feststeht, ist also zu recht durchsichtigen Zwecken angekündigt worden.

Dasselbe muß auch von den Plänen gesagt werden, die für eine erhöhte Abnahme der Saarkohle bestehen. Bekanntlich gehen nur 10 Prozent des gesamten Saarkohlenabsatzes nach dem „dritten Reich" und so droht dem Saarkohlenbergbau im Falle der Rückgliederung ein Zusammenbruch. Um nun den saarländischen Kumpel irrezuführen, und ihm eine paradiesische Zukunft zu versprechen, werden jetzt Mitteilungen über Verhandlungen in Berlin verbreitet, die angeblich den Zweck haben, die saarländische Kohle nach der Rückgliederung im „dritten Reich" aufzunehmen. Es soll ein System geschaffen werden für den Fall, daß Frankreich nach der Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland auf die Verwendung von Saarkohle weitgehend verzichtet.

Demnächst werden wir also die freudige Nachricht hören, daß die Saarkohle selbstverständlich einen erhöhten Absatz im „dritten Reich" finden wird. Ein jeder weiß, daß man ein künstliches Absatzgebiet nicht schaffen kann, und wenn man auch wirklich vorübergehend der Saarkohle noch weitere 10 Prozent ihres bisherigen Absatzes zubilligen wird, so wird damit erstens einmal das Saarkohlenproblem doch nicht gelöst — denn wohin soll dann der immer noch verbliebene größere Rest der Saarkohle gehen —, zweitens aber wird ja dieser Lockvogel nur bis zum Abstimmungstage seine Gültigkeit haben. Nach dem Tische wird man es anders lesen. Dafür werden die Kohlenbarone des Ruhrgebiets, die immer schon aufs schärfste die Saarkohle bekämpft haben, Sorge tragen. Die Herren von der Ruhr haben nicht umsonst ihre guten Beziehungen zu Hitler und Göring.

Der kleine Jakob

Und der Staatsmann Barthou

Die sogenannte „deutsche Front" schwimmt in Geld. Man zieht es den Sozialrentnern und Kriegsbeschädigten im Reiche ab und gibt es für Agitation ins Saargebiet. So kann man denn ein Telegramm von der Länge mehrerer Leitartikel an den französischen Außenminister Barthou schicken und diese geistige Leistung in vielen zehntausend Exemplaren auf die Straße werfen.

Das Telegramm ist zunächst ein feierlicher Schwur auf die verbrieften heiligen Rechte des Versailler Vertrages. Die Front, die sich schandenhalber „deutsch" nennt, gibt sich die erdenklichste Mühe, dem Franzosen klar zu machen, daß im Falle einer Abstimmungsmehrheit für den Status quo unter gar keinen Umständen demokratische Rechte für die Saarländer gewährt werden dürften. Es müsse unter allen Umständen die Diktatur der fremden Regierungskommission bleiben. So legt nämlich die sozusagen „deutsche Front" den Vertrag von Versailles aus. Glücklicherweise sind Barthou und andere ehemalige Kriegsgegner vernünftiger. Man wird die saarländische Versailleesschwärmerei zu den Akten legen. Anscheinend hat Herr Pirro die Schwäche des Herrn Hitler für Frankreich, die dieser seinem jüdischen Interviewer Samuel gebeichtet hat, etwas allzu weitgehend aufgefaßt.

Ohne Flegelei geht es aber natürlich nicht ab, wenn Knoten sich in europäische Verhandlungen einmischen. So unterstellt denn die „deutsche Front" Herrn Barthou, daß er „als französischer Minister unsere deutsche völkische Zukunft bestimmen" wolle. Der alte Herr, dessen politische Weisheit wir unseren deutschen Staatsmännern wünschen, wird milde lächeln. Alle Welt weiß ja, daß er als zivilisierter Europäer die demokratische Selbstbestimmung der Saarländer für die Zukunft ihrer Heimat sichern will, und zwar gegen jeden Terror. Darum geht es und freilich auch darum, daß nach dem 13. Januar nicht die siegende Mehrheit die unterlegene Minderheit foltern, morden, einsperren, ächten, schänden, bestehlen und berauben darf, wie es unter dem Rufe „Heil Hitler!" seit 17 Monaten im Reiche geschieht.

Dieselbe „deutsche Front", die Herrn Barthou wegen seiner Rede für das Völkerrecht anrempelt, ließ zwei Tage früher durch die „Saarbrücker Zeitung" verkünden, daß die „Galgenfrist" für die marxistische Presse nur noch bis zum 13. Januar dauern werde. Man muß dankbar anerkennen, daß die Herren in ihrer sinnlosen Wut herausbrüllen, was sie wollen: die Unterdrückung und Entrechtung jeder Minderheit, den Terror als Staatsgrundsatz.

Jakob Pirro an Louis Barthou! Der Knuppel gegen das Florett! Der provinzielle Polterer gegen den weltmännischen Diplomaten — wenn das nur nicht schief geht, Jakob Pirro!

Der mehr ruhmredige als ruhmreiche Landesführer sollte sich daran erinnern, daß der alte franzosenfresserische Ernst Moritz Arndt nicht nur Blut- und Eisengesänge gedichtet hat, sondern auch eine hübsche „Klage um den kleinen Jakob" mit der sorgenvollen Frage: „Wo ist der kleine Jakob geblieben? Kleiner Jakob, kleiner Jakob, komm zu Haus!"

Der Flaggenunfug

Die braune Front nimmt jede nationalsozialistische Kundgebung zum Anlaß, um die Saarbewohner zum Flaggen zu zwingen. Mit den Hakenkreuzfahnen soll nach außen der falsche Eindruck erweckt werden, daß die Saar braun sei.

Auch das Erntedankfest gab den braunen Drahtziehern an der Saar erneut den Anlaß zum Flaggen. Die Blockwarte bekamen die entsprechende Anweisung und übten auf die einzelnen Mieter in bekannter Weise einen entsprechenden Druck aus. Aber allmählich wird auch den Anhängern der braunen Front diese Flaggerei zu dumm. Damit erklärt sich auch die Tatsache, daß sie diesmal recht dürftig ausfiel.

Wie die wirkliche Stimmung unter den Deutschfrontlern angesichts des Flaggenrummels ist, zeigt auch folgendes Schreiben, das die „Volksstimme" erhalten hat und dessen Original in der Redaktion des Blattes einzusehen ist:

Saarbrücken, den 29. September 1934.

Heute, Samstag, abend genau 5 Uhr laufen die Blockwarts überall herum und fordern die Leute zum Flaggen auf. Ist das kein Terror, Indem ich Deutschfrontler bin, kommt mir diese gezwungene Flaggerei oben raus. Was sagt die Abstimmungskommission dazu?

Ein Deutschfrontler.

Katholikenvermögen gestohlen

So geht es auch an der Saar

Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, hat der badische Minister des Innern auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens das Vermögen des „Volksvereins für das katholische Deutschland" im Bereich des Landes Baden eingezogen, da es zu volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen bestimmt gewesen sei.

*

Diese Meldung versieht das Organ der braunen Front, die katholische „Saarpfalz" mit folgender Anmerkung:

„Es wäre eine Mitteilung darüber sehr am Platze, inwiefern das Vermögen des Volksvereins volks- und staatsfeindlich sein soll."

*

Das ist däucht uns, eine sehr überflüssige Frage. Sie setzt voraus, daß im „dritten Reich" Recht und Gesetz bestehen. Das gleichgeschaltete Blatt sollte wissen, daß Hitler-Deutschland mit dem katholischen Vermögen nach einer Rückgliederung genau so an der Saar verfahren würde.

Lebensbild eines deutschen Gegenrevolutionärs

Christian Roth

Dr. Christian Roth, Generalstaatsanwalt am bayerischen Verwaltungsgerichtshof, dessen Tod die Zeitungen melden, hat die Hinmordung seines früheren Chefs, Herrn v. Kahr, nicht um drei Monate überlebt.

Roth war von den Typen, die die bayrische Gegenrevolution emporgeschwemmt hat, eine der übelsten.

Vor dem Kriege machte er als junger Bezirksamtsassessor bei der Polizeidirektion München dadurch von sich reden, daß er dem russischen Zarismus politische Opfer in die Finger zu spielen suchte. Rußland hatte mit Bayern in der Zeit vor der deutschen Einigung von 1870/71 einen Auslieferungsvertrag im Jahre 1865 geschlossen. Dieser Vertrag war als ein fossiler Rest der deutschen Kleinstaaterei auch im deutschen Kaiserreich als eine Art bayrisches Reservatrecht bestehen geblieben. Rußland hatte in München eine eigene diplomatische Vertretung, in der ein Gesandtschaftsattachee von Bibikow traurige Berühmtheit erlangte. Er suchte durch agents provocateurs emigrierte Russen zu auslieferungsfähigen Taten zu veranlassen und beschuldigte, soweit ihm das bei Emigranten, die er ans Messer liefern wollte, nicht gelang, die Betreffenden gemeiner Verbrechen, z. B. des Bankraubes. Die Liebesdienste, die ihm bei solchem Tun Roth leistete, beschäftigten wiederholt die Oeffentlichkeit und gelegentlich auch den Landtag.

Mit Ausbruch des Weltkrieges wurde Roth als Hauptmann der Reserve mit der Leitung der Polizeiabteilung des stellvertretenden Generalkommandos 1. A. K. zu München betraut. Er brachte es, wiewohl er in wehrfähigem Alter und kerngesund war, doch fertig, den ganzen Krieg auf diesem Drückebergerposten zuzubringen. Die fast unumschränkte Macht, die er damals über das öffentliche Leben seines Generalkommandobereiches ausübte, steigerte sein ohnehin schon übermäßig ausgebildetes Selbstbewußtsein. Seine giftig gehässigen Verfolgungen jeder freiheitlichen Regung und jedes Friedensgedankens während dieser Zeit (der Krieg konnte solchen Heimkriegern gar nicht lange genug dauern) sind Geschichte geworden. Kurt Eisner hat diesem System in seiner Schrift „Unterdrücktes aus dem Weltkrieg" ein für den Kronterseiten trauriges Denkmal gesetzt. Die Zahl derer, die Roth während des Krieges wegen ihrer Ueberzeugung ruinierte, ist bedeutend.

Als im Oktober 1918 infolge der katastrophalen Nachrichten von der Front, des Verlangens Hindenburgs und Ludendorffs an die politische Leitung nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen, eine starke Welle der Unruhe auch durch Bayern ging und die Monarchie sich zum ersten Male ernstlich gefährdet sah, wurde Roth mit der Leitung eventueller Abwehrmaßnahmen gegen revolutionäre Erhebungen betraut. Er ließ „zuverlässige" Heimattruppen aus Fahnenjunkern und Berufsunteroffizieren zusammensetzen und glaubte, damit den Lauf der Geschichte aufhalten zu können. Allein sein Abwehrunternehmen brach in der ersten Stunde der revolutionären Erhebung kläglich zusammen. Auch er selbst dachte nicht daran an der Spitze seiner Abwehrtruppen, getreu seinem Fahneneid, für seinen König den Heldentod zu erleiden. Gleich den anderen Militärs zog er es vielmehr vor, sich sofort mit in die bekannten Mauselöcher zu verkriechen. Nur Eingeweihte kannten den großen Mann im schwarzen Bürgerrock und steifen Hut, der Jedem, der ihm begegnete, eifrig versicherte, man müsse abwarten und dürfe sein Urteil über die neue Zeit nicht überstürzen, es sei sinnlos, ihr Widerstand zu leisten.

*

Erst als sich im April 1919 die sozialdemokratische Regierung Hoffmann zur Niederwerfung der kommunistischen Räterepublik in Bayern Militär aufstellte und sich mit Leuten wie dem heutigen Hitlerstatthalter v. Epp einließ, was sich zu spät als ein verhängnisvoller politischer Fehler zeigte, sah auch Roth seine Zeit wieder gekommen. Plötzlich tauchte er in feldgrauer Hauptmannsuniform wieder bei den München zernierenden Truppen auf und stellte der sozialdemokratischen Regierung seine wertvollen Dienste „loyal" zur Verfügung, die sie fehlerhafterweise annahm. Von den Kämpfen bei der Einnahme Münchens drückte er sich wieder, erst nach der Einnahme saß er auf einmal, wie vordem im Generalkommando, als juristischer Referent in der Münchener Stadtkommandantur und übte sich in seiner alten Tätigkeit. Zeitungsverbote, Standgerichtsanzeigen, Verhaftungen, Einsperrungen, Ausweisungen, Erschießungen. Was speziell die letzteren angeht, so schuf Roth auf eigene Faust sofort nach dem Einzug der Regierungstruppen in München und vor der Einsetzung von wenigstens scheingesetzlichen Standgerichten sogenannte „militärische Standgerichte" ohne jede Rechtsgrundlage. In irgendwelchen Kellern Münchens „amtierten" wildgewordene Offiziere und Spießer als „Vorsitzende" und ließen wahllos Leute abknallen, nachdem sie sich „schuldig" bekannt hatten, der Sozialdemokratischen Partei anzugehören. Vielfach gingen die „Gerichte" auch in die Wohnungen der Denunzierten hin und legten sie gleich dort kurzhändig um. Die Regierung hat später zugegeben, daß diese „Verfahren", bei denen nach amtlichem Zugeständnis gegen 200 Menschen füsiliert wurden, keinerlei Rechtsgrundlage hatten. Gegen den nach außen verantwortlichen „Schöpfer" dieser Taten, den württembergischen Generalmajor Haas, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und — selbstverständlich — eingestellt, gegen Roth, der die „Befehle" des Haas zugestandenerweise verfaßt hatte, kam es nicht einmal zur Einleitung eines Verfahrens.

Mit welcher Brutalität Roth in dieser Zeit vorging, dafür genügt ein einziges Beispiel. Als der Hochverratsprozeß gegen Levine-Nissen vor dem Münchener Standgericht gemacht wurde, erschien Roth bei dem Vorsitzenden des Gerichtes, dem inzwischen verstorbenen Landgerichtspräsidenten Dr. Stadelmeyer, und erklärte, wenn in dieser Sache nicht ein Todesurteil vollstreckt werde, könne er (!) nicht mehr für die Sicherheit von München garantieren. Das Gericht erließ ein Todesurteil. An die Stelle der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann war mittlerweile nach der Niederwerfung der Räterepublik eine Koalitionsregierung aus Bayerischer Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten getreten, in der die Sozialdemokraten keine Mehrheit mehr hatten. Das Bürgertum hatte die Niederwerfung der Räterepublik durch die Sozialdemokraten mit der Präsentierung seiner eigenen politischen Wechsel beantwortet und in den sogenannten Einwohnerwehren den ersten Grundstock zur Gegenrevolution in Bayern gelegt. Diese neue Regierung versagte Levine die Begnadigung. Die Begründung lautete, er habe ehrlos gehandelt, indem er ein hochverräterisches Unternehmen fortsetzte, dessen Aussichtslosigkeit er erkannt habe. Levine wurde also unter dem Druck Roths erschossen, weil er bei seinen Leuten blieb, als diese unterlagen und nicht ausriß, wie Wilhelm 2. im November 1918 und Adolf Hitler im November 1923.

*

Als diese und andere Heldentaten Roths bekannt wurden, war es der Regierung infolge vieler öffentlicher Angriffe nicht mehr möglich, Roth auf seinem Posten in der Stadtkommandantur zu halten. Er wurde zum Vorstand des Bezirksamtes in dem Vorortsnest Dachau ernannt, das erst in der Hitlerperiode durch die Einrichtung des Konzentrationslagers seine traurige Weltberühmtheit erlangt hat.

Ein rundes Dreivierteljahr war er dort in der Zivilverwaltung tätig, als der Kapp-Putsch im März 1920 seine Wellen auch nach Bayern schlug und Roth bei dieser Gelegenheit in die Regierung hochschwemmte. Als am 13. 3. 1920 die Koalitionsregierung Hoffmann „von einem Leutnant und zehn Mann" auf Betreiben des von den Sozialdemokraten ins Amt berufenen Münchener Polizeipräsidenten und nachmaligen Hitlerputschisten Poehner davongejagt wurde, wurde sie durch das stockreaktionäre Ministerium von Kahr ersetzt, zu dessen Justizminister Roth berufen wurde. Er hatte sich inzwischen parteimäßig den Deutschnationalen angeschlossen. Die Periode der Justizministerschaft Roths ist durch das Wort des Abgeordneten Dr. Held, des späteren bayerischen Ministerpräsidenten charakterisiert, daß in dieser Zeit „ein anständiger Mensch in Bayern seines Lebens nicht sicher war". Roth deckte alle Fememorde, die damals, zum ersten Male in der neueren deutschen Geschichte, aus den Kreisen der ehemaligen Einwohnerwehr heraus organisiert und begangen wurden. Die Protokolle des Femeausschusses des Deutschen Reichstages geben ausführlichen Aufschluß über die ebenso hinterhältig verlogene wie schändliche Rolle, die Roth in diesem dunklen Abschnitt der bayerischen Geschichte gespielt hat, vor allem in den bekannten Fememordfällen Sandmeier, Dobner, Hartung, Gareis, in denen er teils die Meuchelmörder direkt amtlich begünstigte, teils als ihr Mitwisser nichts gegen sie unternahm. Von Kahr seinerseits deckte Roth gegen alle Angriffe. Die beiden hatten sich schätzen gelernt, als Kahr noch Präsident der Regierung von Oberbayern, Roth als Dachauer Bezirksoberamtmann sein Untergebener war, indem sie gemeinsam die Verordnungen des sozialdemokratischen Innenministers Endres sabotierten.

*

Schließlich wurde das Treiben der auf Geheiß der Entente aufgelösten Einwohnerwehrverbände derart toll, daß die Regierung von Kahr darüber stolperte und durch die unter Führung des bayerischen Volksparteilers v. Knilling stehende Regierung ersetzt wurde. In diesem Kabinett war Roth nicht mehr Justizminister. Sein Nachfolger wurde der seines Kommentars bedürftige Franz Gürtner. Die Bayerische Volkspartei als die größte Partei des Landes betraute die sehr schwankende Gestalt Knilling mit der Führung der Regierung in der Hoffnung, daß sie die Clique der rechtsradikalen Verbände durch kleine Konzessionen im Zaume halten und die Parteiherrschaft der Bayerischen Volkspartei hierdurch konservieren werde. Allein diese Rechnung, die die damalige politische Weisheit des Schaeffer-Flügels der Bayerischen Volkspartei widerspiegelte, erwies sich als ein schwerer Irrtum. Die Hochverratsorganisationen, gehätschelt von der Regierung und vor allem von der Justiz, wuchsen zusehends und erwiesen sich ihren Förderern von der Bayrischen Volkspartei gegenüber als äußerst undankbar. Die Flucht in die Oeffentlichkeit, die später der bayrische Innenminister Schweyer mit seinem Buch über bayrische Geheimverbände und über die verbrecherischen Unterlassungen der Justiz unter der Führung Gürtners antrat, sind ein Beleg dafür, wie weit die Dinge damals in Bayern gediehen waren.

Roth selbst verschwand nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt eine Weile aus dem öffentlichen Leben. Er erhielt den Titel eines „Ministerialrates a. D." und betätigte sich als Geschäftemacher in verschiedenen kapitalistischen Gesellschaften. Vor allem hat er dem Münchener Großeisenhändler Zeller, der in verschiedene Femesachen verwickelt gewesen war, viel Geld gekostet. Es war durchaus charakteristisch, daß Roth nach seinem Ausscheiden aus dem Amt sich von diesem Mann anstellen ließ. In dieser Tätigkeit kam er auch durch das Wirken für ein und dieselbe GmbH. mit dem Rinsfnechtschaftsbrecher Gottfried Feder in geschäftliche Berührung und durch ihn mit den Nazi in Fühlung. Roth sympathisierte mit den Nazi, ohne der Nazipartei beizutreten und ohne bei den Deutschnationalen auszutreten. Wenige Monate vor dem Hitlerputsch sagten die Nazi einen großen Einzug ihrer Kolonnen in München nach Rückkunft von einer „Felddienstübung" an. Unter den Klängen des Liedes „Wir wollen keine Judenrepublik, pfui Judenrepublik" zogen sie durch das Siegestor in München ein. Zu den Honoratioren, die diese vaterländische Parade abnahmen, gehörte auch der Ministerialrat Dr. Christian Roth. Diese Demonstration sollte eine deutliche Mahnung an seine Partei sein, in der Regierungskoalition für seine Wiederbeschäftigung zu sorgen. Allein die Erpressung hatte keine Wirkung.

*

So näherte sich Roth bis zum Hitlerputsch zusehends mehr den Nazi. v. Kahr war inzwischen von der Regierung Knilling im September 1923 als Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten eingesetzt worden. Als der Hitlerputsch ausbrach, war Roth auf Seite der Putschisten. An dem 8. 11. 1923, an dem der sozialdemokratische erste Bürgermeister von München und eine Reihe sozialdemokratischer Stadträte von den Nazi aus dem Rathaus herausgeschleppt und zunächst in einen Münchener Bierkeller verbracht wurden, sahen sie dort unter den Nazihonoratioren auch Herrn Roth. Einer von ihnen, der inzwischen verstorbene Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, wendete sich an Roth mit der Frage, ob er gegenüber dieser rechtswidrigen Gewalt nicht einzugreifen gedenke. Allein der Justizminister a. D. drehte ihm den Rücken und ließ die Schande ohne jeden Versuch der Gegenwirkung geschehen.

Am nächsten Tag war der Hitlerputsch durch v. Kahr niedergeschlagen, Hitler und seine Unterführer teils ausgerissen, teils verhaftet. Unter den Gefangenen des Herrn v. Kahr befand sich auch Roth. Strafrechtlich war ihm nach Ansicht der Staatsanwaltschaft freilich nichts nachzuweisen. Er kam als Schutzhäftling in die Festung Landsberg, wo er Monate lang festgehalten wurde. Dort entdeckte er in seinen unfreiwilligen Mußestunden witzigerweise, daß es eine deutsche Reichsverfassung gebe und wendete sich in langatmigen Eingaben über die „Verfassungswidrigkeit" seiner Festhaltung an die Regierung und die öffentlichen Körperschaften, voll der Klage über das „Gewaltregiment" v. Kahr.

*

Kurz nach seiner Entlassung aus der Haft wurde Roth als Abgeordneter des „Völkischen Blocks", einer Eintagskonkurrenzorganisation der Nazi, in den bayrischen Landtag gewählt. Seine politische Rolle war geringfügig, um so stärker aber sein erpresserischer Druck auf die jetzt aus der Bayerischen Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund bestehende Regierungskoalition, ihn wieder zum Nutzen des Vaterlandes zu beschäftigen. Dieser Druck wollte etwas bedeuten, denn Roth wußte aus der Femezeit noch viel, was der Regierungskolition sehr lästig sein konnte. Und so ereignete sich die politische Groteske, daß das Koalitionsministerium Held, das an die Stelle des Ministeriums Knilling getreten war, v. Kahr nach der Einstellung des gegen ihn wegen Hochverrats anhängigen Ermittlungsverfahrens zum Präsidenten des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes, den von ihm verhafteten Putschisten Roth aber zum Generalstaatsanwalt dieses Gerichtshofes ernannte. Der abgehaltfterte Generalstaatskommissar und der Herr Putschist mußten nun friedlich in den Sitzungen die tiefgreifenden Rechtsfragen des Froschfanges in der Pfalz, der Kommunalabgaben, des Wegerechtes und was dergleichen Geheimnisse des bayrischen Verwaltungsrechtes mehr sind, zusammen einer Lösung entgegenführen, der Herr Putschist mußte wohlformulierte Anträge stellen und der Herr Präsident mußte ihnen stattgeben oder sie hinunterbügeln. Weder v. Kahr, noch Roth, noch die Regierungkoalition schämten sich dieses offenen Eingeständnisses, daß man Leute in Staatsstellen beruft, um ihnen den Mund zu verbinden. v. Kahr ging nach einigen Jahren dieser Tätigkeit in Pension. Die Rache der Nazi für seinen Sieg vom November 1923 hat ihn am 30. 6. 1934 erreicht. Roth ist an diesem Tage nichts geschehen. Während die Todesanzeige für Kahr, den gewesenen Ministerpräsidenten und Generalstaatskommissar, wochenlang in den Zeitungen nicht erscheinen durfte, während die bayrische Regierung von der Ermordung des früheren bayrischen Regierungschefs nicht mit einem Wort Notiz nahm, brachten Hitlerpresse und bayrische Regierung auf Roth schleimige Nachrufe. Sein Nachfolger, der jetzige bayrische Justizminister Frank II hat in einem „Handschreiben" an die Witwe, dessen Veröffentlichung nicht versäumt wurde, dem Verstorbenen alle nur denkbaren edlen Eigenschaften attestiert. Diese Hinrichtung nach dem Tode hat nicht einmal Roth verdient. Sie zeigt aber immerhin, wer er war. Denn sage mir, was Frank II über Dich sagt und ich sage Dir, wer Du bist . . .

Stegerwald

Sorgen um sein Schicksal

Amsterdam, 1. Oktober 1934.

Wie „De Tijd" berichtet und „Het Volk" bestätigt, ist man in den katholischen Kreisen Deutschlands in großer Unruhe um das Schicksal des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald, der eine führende Rolle im früheren Zentrum gespielt hat. Nach der Machtergreifung Hitlers hatte sich Stegerwald mit seiner Familie aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen.

Seit einigen Wochen ist Dr. Stegerwald spurlos verschwunden. Man macht sich große Unruhe um ihn. Nach Gerüchten sollte es ihm gelungen sein, im letzten Augenblick sich nach England in Sicherheit zu bringen. Jedoch herrscht in Deutschland die Meinung vor, daß Dr. Stegerwald ein Schlachtopfer seiner politischen Gegner geworden ist. Man nimmt an, daß er ermordet wurde.

*

Wir geben die Meldung der holländischen Zeitungen mit allem Vorbehalt. Stegerwald wurde in ausländischen Zeitungen als einer an den Verhandlungen Beteiligten genannt, die zwischen oppositionellen Teilen der „Deutschen Arbeitsfront" und christlichen Gewerkschaften gepflogen worden sind.

Korruption im „dritten Reich"

Vier räuberische Bonzen

Münster, 1. Oktober. Nach viertägigen Verhandlungen verurteilte die Große Strafkammer des Landgerichts vier ehemalige Amtswalter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation des Gaues Westfalen wegen Unterschlagung, Vermögensenteignung und Betrugs zu Freiheitsstrafen von drei Jahren Zuchthaus bis zweieinhalb Jahren Gefängnis, verbunden mit schweren Geldbußen.

*

Königsberg, 1. Oktober. Die Große Strafkammer fällte am Samstag in dem Betrugsprozeß gegen den früheren Generallandschaftsdirektor von Hippel das Urteil. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren Zuchthaus, 15 000 Mark Geldstrafe, Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von drei Jahren und zur Bezahlung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Untersuchungshaft wird in vollem Umfange angerechnet. Der Haftbefehl bleibt aufrechterhalten.

Die Demonstration in München

Ueber die Kundgebung für den Bischof Meiser in München am 16. September liegen jetzt von einem Augenzeugen unerläßliche Angaben vor, die diese Demonstration als weitaus bedeutender erscheinen lassen, als die Berichte der gleichgeschalteten Journalisten zugaben. Der Demonstrationszug, gut 200 Personen, bewegte sich von der Matthäuskirche am Stachus zum Gebäude des Kirchenrates in der Arcisstraße. Am Balkon des Hauses zeigte sich Dr. Meiser, von der Menge stürmisch begrüßt und hielt eine Ansprache. Noch während dieser hörte man von der Menge Schmährufe gegen die Reichsregierung und den Reichsbischof Müller. Nachdem Dr. Meiser sich zurückgezogen hatte, drang die Menge gegen das Braune Haus vor. Hier erschienen zwei Ueberfallkommandos, die den Zug auflösen wollten. Da es ihnen mißlang, kam Verstärkung in Form von 2 SA.-Trupps der Stabswache. Die „Rädelsführer" wurden verhaftet und mit dem Auto fortgeschafft. Einer der Verhafteten schrie mit seinem ganzen Stimmaufwand: „Wir gehören Gott und nicht dem Führer!" Von dem Absingen des Deutschland-Liedes oder gar des Zuhälterliedes, wovon die gleichgeschalteten Zeitungen berichteten, kann keine Rede sein.

Ein deutscher Oberprimaner erzählt

Ein Brief an die „Deutsche Freiheit" – ohne Kommentar

Unsere Klasse hat 23 Schüler. Von diesen haben neunzehn vollständig das Denken verlernt. Das heißt: sie stehen bedingungslos zu Hitler. Sie sind wirkliche Nationalsozialisten, denn Nationalsozialist ist der, der dem Führer in blindem Gehorsam folgt. Die zwei anderen Klassenkameraden sind streng katholisch und riskieren hin und wieder kleine kritische Bemerkungen. Einer ist Halbjude, und schließlich ich, der äußerlich ja auch ganz gebräunt ist. Außer dem Nichtarier gehören alle der Hitlerjugend an. Ich war der letzte, der ihr beigetreten ist, im Oktober vorigen Jahres mußte ich es tun, weil ich mir meine nächste Zukunft nicht versauen wollte. Nur „national Zuverlässige" erhalten nach dem Abitur ein Zeugnis, das sie berechtigt, weiter zu studieren.

Jeder, der über achtzehn Jahre alt ist und der Hitlerjugend beitritt, bekommt automatisch eine Funktion, er wird dem Leiter der Front zugewiesen, der für Geländeübungen, „Wanderungen" und ähnliche Militärspiele verantwortlich ist, oder er gerät in die „innere Verwaltung", wird Pressereferent, hat für Propaganda, Kolportage der Jugendzeitschriften und anderes mehr zu sorgen. Eine solche Funktion wurde mir gegeben. Abstimmungen und ähnliche demokratische Antiquitäten kennen wir ja bekanntlich nicht mehr.

Die Väter meiner Klassenkollegen sind meist Gewerbetreibende, Inhaber kleiner Läden und teilweise auch qualifizierte Arbeiter, die früher bürgerlichen Parteien oder der SPD. ihre Stimme gegeben haben. Wenn ich dann und wann einen meiner Mitschüler besuche, konnte ich bemerken, daß die Eltern beinahe geduckt und scheu in ihrer eigenen Wohnung sind, als ob sie sich vor ihrem Sohn fürchten. Und es ist tatsächlich so, daß Vater und Mutter dieser Jungen oft noch ihre alte Gesinnung haben, während der Herr filius von außen und innen braun geworden ist.

Während von Obersekunda an aufwärts fast hundert Prozent der Schüler in der Hitlerjugend organisiert sind, steht es ganz anders in Sexta, Quinta und Quarta, wo etwa zwei Drittel der Schüler außerhalb der H.-J. stehen. Es mag wohl damit zusammenhängen — wenigstens in unserem Gymnasium, das in einer großen sächsischen Stadt ist —, daß sich die jüngeren Gymnasiasten noch keine Sorgen vor dem Abitur machen müssen und sie immerhin stärker unter dem Einfluß ihrer Eltern stehen. Wie sich jedoch die H.-J.-Erziehung auf einen Zwölfjährigen auswirkt, möge folgende gar nicht so heitere Episode beweisen: Die Eltern eines meiner Klassenkameraden waren für einige Tage zu Verwandten gefahren. Zu Hause blieben der Primaner und sein zwölfjähriger Bruder, der eifriges H.-J.-Mitglied ist. Einige Paar Schuhe standen herum, die geputzt werden mußten. Der Aeltere bat den Kleinen, dies zu tun. Nein, er mache es nicht, erwiderte jener eigensinnig. Freundliches Zureden half nicht. Endlich sagte der Kleine streng: „Du mußt es mir befehlen, dann tue ich es!" Dem Aelteren blieb nichts anderes übrig, als sich in Positur zu stellen und Bubi anzubrüllen: „Bubi, putz die Schuhe!" Worauf Bubi seinerseits sich stramm hinstellte, „Zu Befehl!" schrie und mit Blitzeseile die Schuhe zu putzen begann.

Dies Zwiegespräch ging in größtem Ernst vor sich . . . Leider ist diese kleine banale Episode zu charakteristisch . . . Sinnlosester Kadavergehorsam, das ist letzten Endes das Fundament der ganzen Hitler-Jugend, die Basis, auf der ihr sogenanntes Gemeinschaftsleben ruht. Gerade das scheint mir so außerordentlich verändert in Deutschland, seit Hitler an die Macht gekommen ist: Während früher trotz der unzähligen Parteien und Parteichen immer wieder Gemeinschaft lebte und erlebt wurde, ist das heute nicht so. Wieviel Feindschaft und Haß untereinander, wieviel Intrigen und Klatschereien gegeneinander — innerhalb der Hitler-Jugend! Keiner traut dem andern. Früher, also in untern Klassen, diskutierten wir heftig über Cäsar, seine Feldzüge, über Ovid, über die Staatsmänner Roms und Griechenlands. Heute dagegen wagen das die wenigsten — zu leicht können solche Gespräche schließlich in eine Sackgasse führen: zu leicht kann der Diskussionspartner die Worte verdreht weitergeben, zu leicht könnten sie „falsch" gedeutet werden . . .

Unsere letzten Aufsatzthemen? „Horst Wessel", „Schlageter", „Verrat in der Weltgeschichte", „Adolf Hitler als Staatsführer", „Erziehung im Arb. tsdienst". Ich biß mir auf die Lippen, um das Lachen nicht herauskullern zu lassen, und schrieb dabei als guter Deutscher über den Helden Horst Wessel. Ich schrieb den blödesten Blödsinn; Zuhälter sind doch zu große Heroen . . . Und ich erhielt eine Zwei. — Unser Geschichtslehrer ist ein Januargefallener. Früher gab er sich liberal. Eine Kritik — eine versteckte, versteht sich — wagen meist nur die Lehrer, die schon längere Zeit in der NSDAP. organisiert sind. (Nach dem 30. Juni bemerkte ich das ganz besonders.) In der letzten Zeit sind etwa sechzig Prozent unserer Lehrer aus dem nationalsozialistischen Lehrerbund ausgetreten. Von einem Lehrerbund waren sie immerhin anderes gewohnt. Auch hier sind es größtenteils alte Mitglieder der NSDAP., die sich diesen Schritt erlaubt haben. In der Partei sind sie geblieben. (Braucht eigentlich nicht besonders erwähnt zu werden.)

Vor einigen Monaten stieg unser „nationalpolitisches Schulungslager". Herrgott, war das ein Theater! Diese vierzehn Tage in einer Jugendherberge, für die ein jeder von uns 19,— Mark bezahlen mußte, waren tatsächlich lehrreich, aber in anderm Sinn, als es sich die Organisatoren vorgestellt hatten. Organisation . . .: So gut wie gar nicht. Alles ging drunter und drüber. Frühmorgens um sechs Uhr bekamen wir zwei Schnitten Brot mit Margarine und ein braunes Gesöff, dann heraus in die Kälte, Freiübungen, Marschieren, dann „Unterricht": Militärtheoretisches. Wir hatten vor uns Holzattrappen von Maschinengewehren, Tanks usw., außerdem Tafeln mit den Bezeichnungen einzelner Giftgase, über deren Wirkung wir von den jungen Lehrern recht drastisch und plastisch unterrichtet wurden. Vielen Primanern tat es nur leid, daß sie nicht richtige Maschinengewehre und Tanks vor sich hatten. Beinahe empfanden sie es als Beleidigung, daß man ihnen „Spielzeug" vorsetzte und sie wie „kleine Kinder" behandelte. Zu Mittag bekamen wir ein dünnes Süppchen, von dem wir nie wußten, woraus es eigentlich bestand.

Nach anderthalb Ruhestunden rassetheoretischer Unterricht. Ganz neue „Werke" neuester Größen hatten wir dabei zu benutzen. Es fiel mir auf, daß Herr Günther überhaupt nicht erwähnt wurde. Ob auch er in Ungnade gefallen ist . . .? Abends noch Marsch durch Wald und Geländeübungen im Halbdunkel. Brot mit Bratkartoffeln und „Kaffee" beendeten den Abend. Hungrig und frierend krochen wir ins Bett. Schon in der ersten Nacht brach im Schlafsaal eine richtige Revolte aus. Wir schmissen mit Schemeln und Decken und machten einen Riesenradau. Daraufhin erschien einer der Lehrer und drohte uns mancherlei an. Am nächsten Morgen fand eine längere Untersuchung der Vorgänge statt, wir beschwerten uns über das miserable Essen. Es wurde Besserung zugesagt, doch wurden nur die Rationen erhöht. Und wir gewöhnten uns daran und wurden wieder brave Nationalsozialisten . . .

Noch viel könnte ich erzählen — über die Herrschaften, die die Hitler-Jugend führen und durchweg elegante Autos besitzen, sie aber nicht direkt vor dem Eingang der H.-J.-Häuser halten lassen. (Fotos zum Beweis können also nicht gemacht werden . . .) Ich könnte erzählen von den amtlich zugewiesenen Büchern, aus denen wir Primaner Stoff zu schöpfen haben . . ., von den Schwierigkeiten, auf allen Gebieten gänzlich neue Schulbücher zu schaffen. (Wer könnte das schließlich tun, und auf welcher Geistesgrundlage . . .?) Doch will ich meinen kurzen Bericht schließen mit dem Versprechen, Ihnen noch weitere Mitteilungen zukommen zu lassen, wenn es an der Zeit ist.

Die Juden als „Volk"

Arnold Zweig – Ein Appell an den Völkerbund

In einem im Querido Verlag, Amsterdam, erschienenen Buche „Bilanz der deutschen Judenheit 1933" gibt Arnold Zweig eine Analyse und Darstellung des heutigen Zustandes der deutschen Judenheit. Im Schlußkapitel schreibt er über die europäische Lösung der Judenfrage u. a.:

„Die Judenfrage war bisher falsch gestellt. In einer Gesellschaft von Staaten, entstanden durch gewalthafte Eroberung, lebten die Juden als Gruppe gestaltlos und ohne öffentliche und rechtliche Anerkennung. Ihre Emanzipation verdanken sie den Menschenrechten, die die französische Revolution folgerichtig verkündete, der großherzigen Zuversicht weniger Staatsmänner vom Range des genialen Mirabeau, des großen G. E. Lessing. Sie sagten voraus: vom Drucke befreit und ihrer Ausnahmestellung enthoben, würden sich die Juden als gute Staatsbürger und nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft bewähren.

Heute, nach hundertfünfzig Jahren, haben sie diesen Beweis erbracht . . . Und trotzdem hat ein großer Staat in der Mitte Europas diese Segnungen von 1789 wieder rückgängig gemacht, spukt in vielen anderen seiner Nachbarvölker der gleiche Ungeist. Aber eine Befreiung, die von Knappheit des Lebensraumes und krisenhafter Not so leicht bedroht werden kann, hat nicht sehr tief gegriffen. Es muß ein Konstruktionsfehler im Gesellschaftsbau vorliegen, der an dieser Stelle aufklafft.

Wir bedurften nun: die Emanzipation ward nicht der Judenheit als Ganzem zugebilligt, sondern den einzelnen Juden zugestanden und nicht um willen ihres Judentums, sondern trotz ihres Judentums. Obwohl sie Juden seien, solle man Hoffnungen auf sie setzen, mahnten damals die führenden Geister. Heute haben die Juden überall bewiesen, daß es gut war, sie zu befreien, weil sie Juden sind. Weil sie aus diesem Blute, aus dieser Erbmasse, mit solchen Schicksalen und dieser Schöpferkraft begabt, der menschlichen Gesellschaft diese Dienste geleistet haben und jeden Augenblick weiterleisten können, muß man sie vollwertig in die Gesellschaft der Nationen aufnehmen und ehrlich sprechen, nachdem man sie so lange, laut oder verschwiegen, im Zustande der Unehrlichkeit belassen hat.

Ohne ihnen irgendetwas von ihren Staatsbürgerrechten zu nehmen, muß man, ihrer außergewöhnlichen sozialen und nationalen Struktur Rechnung tragend, sie auch noch als Volk anerkennen und ihnen, wo sie danach verlangen, die Konstitution als nationale Minderheit und als selbständiges Mitglied der Völkergesellschaft zubilligen. Der Völkerbund in Genf hat alleine diejenigen bitter enttäuscht, die von ihm erwarteten, was sein Begründer Woodrow Wilson von ihm hoffte. Er hat vor der Souveränität seiner Mitglieder allzu ängstlich Halt gemacht und seine moralische Kraft vergeudet dadurch, daß er sich nicht die Machtmittel schuf, Europa zusammenzufassen, zu organisieren und die Störer einer sinnvollen Symbiose durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen zur Vernunft zu bringen.

Er müßte jetzt endlich wenigstens in der Judenfrage einen entscheidenden Schritt tun. Er müßte Vertreter des jüdischen Volkes als solche in seiner Mitte aufnehmen und in einem feierlichen Akt der Erde vor Augen führen, daß die Epoche der Willkür in der Behandlung dieser Minderheit zu Ende sei."

Verlorene Harmonie

Vor meinen Fenstern braust das blaue Meer.
Und Berge schweigen steinern in die Zeiten.
Im Winde schwanken Palmen hin und her,
Und Städte schimmern aus besonnten Weiten.

In goldner Klarheit dehnt sich jeder Tag!
Was will der Haß auf dieser schönen Erde?
Den Hassenden, dem Gott verzeihen mag,
Wir hassen ihn, damit die Liebe werde!

Rings um uns singt die große Harmonie.
Allein die Menschen sind aus ihr vertrieben.
Wir suchen die verlorne Melodie,

Von der uns Einsamen ein Klang geblieben.
O Brüder, klagt nicht: „Ihr erreicht sie nie!"
Sie wird erklingen, wenn wir wieder lieben!

Horatio.

Ganz Skandinavien lacht

Wirths Judenblut

Da der germanische Rassenprofessor Wirth nach seiner Niederlage in der Berliner Uralinda-Diskussion in echter Nazimanier seine Gegner politisch zu denunzieren suchte, sahen sich einige Vertreter ernster deutscher Wissenschaft genötigt, den Unsinn seiner Rassenforschung auch schriftlich zu erhärten. Der Berliner Germanist G. Hübner brachte eine entsprechende Schrift heraus, für die einige gleichgeschaltete Blätter entschieden Stellung nehmen. Man erfährt dabei, daß über Wirths Blödsinn „ganz Skandinavien lacht . . ." Man müsse — schreibt die Berliner Börsenzeitung — Hübner zustimmen, wenn er gegen Ende seiner Schrift sagt, man könne es sozusagen tragisch finden, „daß Hermann Wirth, der sich so gern auf das Erberinnern beruft, das in ihm schwingt, einem solchen Irrtum verfallen mußte . . ."

Dies scheint uns auch das Wichtigste am Fall Wirth. Auf das nebelhafte „Erberinnern" stützt der ganze hakenkreuzlerische Ideologenchorus seine Gewalttheorien; auch der Landwirtschaftsminister Darré — o arme deutsche Bauern — erklärte sich in diesem Rassenstreit entschieden gegen das Fachwissen und für das nebulöseste Erberinnern des Laientums. Bei der ersten Gelegenheit jedoch, wo die „Stimme des Blutes" angerufen wurde und die Handschrift der Ahnen rekognoszieren sollte, versagte sie und verherrlichte eine liberalistische Fälschung, eine Chronik, die den Ideen der französischen Revolution huldigt — verherrlicht solch ein artfremdes Demokratenopus als altfriesische Germanenbibel! Was nun? — fragt verzweifelt der Völkische. Entweder es ist völlig Essig mit dem Erberinnern, oder das altgermanische Blut wallte liberalistisch — in beiden Fällen wackeln geistige Grundlagen des „dritten Reiches". Oder aber die Hakenkreuzideologen sind eine undeutsche, wurzellose Promenadenmischung mit dito Erbmasse!

Die Bluho-Innung hat zu wählen, und das alles sind Fragen, mit denen sich die Wissenschaft Gangsteriens im Ernst zu beschäftigen hat!

Die beste Reklame

„In Deutschland verboten"

Als Deutschland noch nicht ans Braunkreuz geschlagen war, konnte man in der Propagandarubrik ausländischer Blätter nicht selten lesen: „Dies Buch . . . hatte in Deutschland Hunderttausende Leser." „Dieser Film war einer der stärksten Erfolge der Berliner Saison."

Die Propagandamanager wußten, wie hoch das damalige Deutschland als Kulturfaktor im Ausland eingeschätzt wurde.

Die Art, wie sie den Buch- und Filmerfolg in Deutschland als beispielhaft und wegweisend hinstellten, sagte deutlicher als langwierige Analysen, mit welchen Augen die Kulturwelt auf das „nachnovemberliche" Deutschland sah.

Jetzt konnte man in französischen Blättern in den letzten Tagen lesen: „Dieser Film ist in Deutschland verboten."

In englischen Zeitungen: „Das Buch ist in Deutschland beschlagnahmt worden. Eine dringlichere Empfehlung erübrigt sich."

In der spanischen Presse: „Dies Werk steht auf der Liste der in Deutschland verbotenen Bücher. Niemand sollte deshalb versäumen, es gründlich zu studieren!"

In der Schweizer Presse: „Vergessen Sie nicht — dieses Stück darf in Deutschland nicht gespielt werden!"

Die Geschäftspropaganda, dieser untrügliche Barometer der Volksstimmung, gleich fern jeder Sentimentalität und jeder ideellen Stellungnahme, die Propaganda als messerscharf anzeigender Seismograf menschlicher Gefühle, Neigungen und Abneigungen, verrät uns, wie tief das Deutschland des Nationalsozialismus gesunken ist!

Piere.

Haß gegen die Mörder

Gorki über einen jungen Dichter

In einem Feuilleton, das die „Prawda" veröffentlicht, entwirft Maxim Gorki das Bild eines jungen Dichters, neun Jahre alt, von dem er Gelegenheit hatte, ein Gedicht über Hitler und Goebbels zu hören. Gorki schreibt: „Der Junge las schlecht, aber ich war betroffen von der Kraft seines Gefühls, von seinem tiefen und wilden Haß gegen die Mörder. . . diesem menschlichen Haß, der nur aus tiefster Liebe zu den Werktätigen geboren werden kann, zu den Menschen, die unter dem Joch der Elenden und Mörder leiden, welche versucht haben, Dimitroff einzukreisen und die jetzt Thälmann töten wollen, wie sie zahlreiche Kämpfer für die Freiheit des Proletariats bereits getötet haben . . . Als der Junge geendet hatte, bedauerte ich, daß die gereiften Dichter nicht die Kraft des Ausdrucks haben wie dieses Kind, das in seinem kurzen Leben noch nicht gelitten hat und dem doch die Leiden und jene, die den Arbeitern mehr und mehr Leiden aufbürden, schon so tief verhaßt sind."

Völker in Sturmzeiten
Im Spiegel der Erinnerung - im Geiste des Sehers

So war es in Versailles...

Von Victor Schiff

„Die Stunde der schweren Abrechnung..."

Ein Weltkongreß und sein Präsident — Clemenceaus Triumph — Keine mündlichen Verhandlungen — Brockdorffs weltgeschichtliche Vorlesung

Von unserem Hotel bis zum Trianon-Palace-Hotel am Rande des Parks von Versailles ist nur ein kurzer Spaziergang. Aber er führt aus dem umzäunten Raum heraus, in dem wir uns frei bewegen dürfen.

Autos mit militärischer Begleitung bringen uns am 7. Mai, 3 Uhr nachmittags, dorthin. Wir sind im ganzen fünf deutsche Journalisten, denen es erlaubt ist, der Ueberreichung des Friedensvertrages beizuwohnen.

In dem Augenblick unseres Eintritts ist der Saal schon gefüllt. An hufeisenförmiger Tafel sitzen die Vertreter von siebenundzwanzig Nationen, die im Kriege unsere Feinde gewesen sind, und die sich vereinigt haben, uns ihre Gesetze des Friedens aufzuerlegen. Richtiger, die gekommen sind, um den Beschlüssen der großen Fünf die höhere Weihe zu verleihen und einen Akt der Repräsentation zu vollziehen, wie ihn die Geschichte noch nicht kennt. Es ist wahrhaftig die Welt, die hier vertreten ist. Wer fehlt? Die österreichisch-ungarische Monarchie — sie besteht nicht mehr! Bulgarien, die Türkei, unsere gewesenen Bundesgenossen, Rußland, das vorzeitig aus der Reihe gesprungene, rätselhafte, vielen Hort der Hoffnung, dann Spanien und ein paar kleine Neutrale . . . sonst sind alle da!

Von den Rassen der Erde fehlen die Indianer und die Australneger. Sonst ist so ziemlich alles vorhanden, vom leichtesten Elfenbeingelb zum tiefsten Kaffeebraun oder Schwarz. In dieser großen Versammlung taucht mancher Kopf auf, der mir in vergangenen Friedenszeiten begegnet ist. Da ist neben Clemenceau Lloyd George. Ich sah ihn zuletzt im Januar 1910 in einer Wählerversammlung in Peckham. Ganz deutlich klingen mir seine Worte von damals im Ohr: „Torheit zu glauben, ein Krieg zwischen England und Deutschland sei unvermeidlich! Wir haben jahrhundertelange Kriege gegen Frankreich geführt und sind jetzt seine besten Freunde. Jahrzehntelang ging die Mär vom russischen Bär und dem englischen Walfisch — heute vertragen sie beide sich ausgezeichnet. Warum, frage ich, sollen wir nicht auch mit Deutschland in Frieden und Freundschaft leben können?" Ich höre Beifall aus tausend Kehlen, Klatschen von Händen — wieviele davon mögen vier Jahre später zum Gewehr gegriffen haben?

Lloyd George hatte damals braunes, wallendes Haar. Wie weiß er geworden ist!

Man ist noch nicht vollzählig, wartet scheinbar auf wen — da wird die Tür aufgerissen. Es erscheint der Klaviervirtuose Paderewski, jetzt Polens Ministerpräsident, wirft die Künstlermähne zurück, sieht sich beifallsgewohnt um.

Nun haben alle Platz genommen. Wieder öffnet sich die Tür, jetzt langsam, feierlich. Ein Beamter, eine Art von Zeremonienmeister in prunkvoller Uniform stößt mit seinem Stab auf den Boden und ruft:

„Messieurs, les délégués allemands!"

Als erster kommt der Graf, der noch grüner aussieht als gewöhnlich, aber gefaßt ist und sich mit Würde verneigt. Der Gruß wird durch Erheben von den Plätzen erwidert. Dann Landsberg, Giesberts, Leinert, Melchior, Schücking. Sie alle blaß und abgemagert — jetzt merkt man es plötzlich. Solange wir unter uns waren, fiel das weiter nicht auf. Jetzt springt der Unterschied in die Augen. Jetzt weiß man auch, warum die anderen siegen mußten. Einige hohe Beamte, zwei Dolmetscher und ein Stenograf, beschließen den Zug. Die Deutschen nehmen an zwei Tischen Platz, die quer zum Ende des Hufeisens, von den anderen getrennt, aufgestellt sind. Es sieht nach Anklagebank aus.

Und nun erhebt sich der Mann, der in dieser Stunde die triumphale Genugtuung seines Lebens erfährt, Clemenceau. Er führt den Vorsitz dieser weltgeschichtlichen Versammlung, neben ihm sitzen Wilson und Lloyd George, die Vereinigten Staaten und das Britische Weltreich, und ringsherum sitzen die Vertreter fast aller Völker der Welt. Frankreich aber ist Präsident dieses Kongresses der Sieger, und ihm gegenüber sitzt geschlagen, blaß, fiebernd — Deutschland. Als Jüngling hat er das erste Versailles erlebt, ein gütiges Schicksal hat ihm gewährt, daß er als Greis das zweite erleben und in seinem Mittelpunkt stehen darf.

Die Figur bleibt fast starr, das gelbe Gesicht mit den schiefen Mongolenaugen und dem buschigen Schnurrbart bewegt sich kaum. Der Franzose, der hier spricht, ist ein Mann, dem die Macht der Rede gegeben ist, um zu kämpfen. Jetzt genießt er mit Selbstbeherrschung den Sieg.

„Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Es ist nicht Zeit und Ort für überflüssige Worte. Sie sehen vor sich die beglaubigten Vertreter der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den schrecklichen Krieg, der ihnen aufgezwungen worden ist, zum Ende zu führen. Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen. Sie haben um den Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. Wir überreichen Ihnen hiermit das Buch, das unsere Friedensbedingungen enthält . . . Der zweite Frieden von Versailles ist von den hier vertretenen Völkern zu teuer erkauft, als daß sie es über sich bringen könnten, allein die Folgen dieses Krieges zu tragen. Um Ihnen aber meine Auffassung vollständig mitzuteilen, muß ich hinzufügen, daß dieser zweite Frieden von Versailles allzu teuer von uns erkauft worden ist, als daß wir nicht entschlossen sein sollten [illegible] Genugtuungen und Sicherheiten für die Dauer dieses Friedens zu erlangen."

Das ist eigentlich alles. Es folgen nun noch einige Bemerkungen über das Verfahren, die freilich derart sind, daß sie die deutschen Delegierten zusammenzucken lassen. Binnen 15 Tagen sollen sie ihre schriftlichen Bemerkungen machen und Fragen stellen. Schriftlich soll die Antwort erfolgen.

Keine mündlichen Verhandlungen? Ja, wozu sind wird dann eigentlich hier?

Während die Rede ins Englische und Deutsche übersetzt wird, durchschreitet der Sekretär der Friedenskonferenz Dutasta, den Saal und überreicht eine starke, blaßgelb geheftete Druckschrift großen Formats dem Grafen Brockdorff-Rantzau.

Der erhebt jetzt die Hand und erhält das Wort. Alle Blicke richten sich auf ihn und zeigen Erstaunen. Clemenceau hatte stehend gesprochen. Brockdorff, der viel Jüngere, bleibt sitzen.

Ueber dieses Sitzenbleiben ist viel geredet worden. War es eine Geste des Trostes? Sollte es ein Zeichen sein, daß man lieber ungezogen als demütig erscheinen wollte? Der Graf hat es später rein technisch erklärt. Er hatte ein umfängliches Dokument zu verlesen, das konnte er besser im Sitzen. Und dieses Dokument war eins von zweien, die er mitgenommen hatte; eine mildere und eine schärfere Fassung. Nach Clemenceaus Rede wählte er die schärfere:

„Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt einen dauernden Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Macht des Hasses, die uns hier entgegentritt . . . Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen, ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge.

Der deutsche Sprecher will „die frühere deutsche Regierung" nicht von jeder Verantwortung reinwaschen . . . „aber wir bestreiten, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage dauernd vergiftet. Frevel sind — nicht von einem allein — in der Art, den Krieg zu führen, verübt worden. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgegeben wurde: „Belgien ist Unrecht geschehen, und wir wollen es wieder gutmachen." Leidenschaft hat das Gewissen der Völker stumpf gemacht. „Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November (dem Tage des Waffenstillstandes) an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Ueberlegung getötet . . . Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen . . ."

Unser Bundesgenosse, sagt Brockdorff weiter, ist das Recht. Er erinnert an die Grundsätze Wilsons, die für beide Teile bindend sind. So sind wir bereit, Zerstörtes aufbauen zu helfen und „der Menschheit neue Ziele politischen und sozialen Fortschrittes zu zeigen". Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die verwüstete Menschenkraft der beteiligten Völker durch einen internationalen Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Massen wieder aufzurichten.

Wiederaufbau soll rasch und gründlich geleistet werden. Aber nicht durch Kriegsgefangene! Ihre weitere Zurückhaltung müßte Verzweiflung und Haß erregen. Will man Entschädigungen haben, darf man Deutschland nicht zum Zusammenbruch treiben, sonst droht die Gefahr des Ruins für ganz Europa. Und weiter wörtlich:

„Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker, zu einem freien und umfassenden Völkerbund. Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbarsten Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen. Nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten des Krieges nicht umsonst gestorben. Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen. Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann."

Brockdorff ist zu Ende. Er hat nicht wie Clemenceau als dramatischer Sprecher gewirkt. Sachlich war er stärker. Clemenceau hat Eile, ein Kapitel der Geschichte abzuschließen, er will den Sieg, die Macht in starren Formen verewigen. Hinter ihm sitzt der Marschall Foch. Brockdorff hat keine militärische Begleitung, aber hinter ihm stehen unsichtbar Fichte und Hegel, Lassalle und Marx. Wer besiegt ist, ist doch nicht ohnmächtig: Aus Geist fließen die Quellen neuer Kraft . . . .

Die deutschen Dolmetscher treten in Funktion. Michaelis (englisch) ist prächtig. Er schmettert dem — wie uns scheint — etwas betreten dasitzenden Wilson die Sätze, die ihn betreffen, mit jungenhafter Keckheit ins Gesicht. Schauer (französisch) versagt, stottert, ringt nach Luft. Er ist deutsch-französischer Anwalt, lebt seit einem Menschenalter in Paris — jetzt ists, als hätte er sein Französisch verlernt und wäre dem Herzen und der Zunge nach wieder nur Deutscher . . . Seine Konstitution ist der furchtbaren Belastung nicht gewachsen. Sein Versagen ist das erste Anzeichen beginnender schwerer Krankheit.

„Ist noch etwas zu bemerken?" sagt der Vorsitzende Clemenceau. Es ist nichts mehr zu bemerken. Ein paar Minuten später rollen die Autos der einen zurück nach Paris, die der anderen zurück in die umzäunte Reservation in Versailles.

Der Akt hatte nachmittags 3 Uhr 5 Minuten begonnen, 3 Uhr 50 Minuten war er zu Ende.

Nach der Überreichung

Jeder übersetzt ein Stück des Vertrages — Man unterrichtet sich gegenseitig über den Inhalt — Niedergeschlagenheit — Keine mündlichen Verhandlungen — Die Plenarsitzung der Delegierten am 8. Mai — Katastrophale Prophezeiungen — Erste Gegensätze — Eine aufrüttelnde Mahnung

Mit fieberhafter Ungeduld wartete das Gros der Delegation im Hotel des Réservoirs auf die Rückkehr der Hauptdelegierten und der wenigen übrigen Deutschen, die der Ueberreichungszeremonie beigewohnt hatten, aus dem Trianon-Palace. Alles in allem mag zwischen Abfahrt und Rückkehr kaum mehr als eine Stunde verstrichen sein. In der Zwischenzeit beobachteten wir zur Ablenkung das Kreisen unzähliger Militärflugzeuge, die aus Anlaß des Tages aufgeboten worden waren und die Luft mit ihrem Summen erdröhnen ließen.

Plötzlich tauchte in der Ferne, am Eingang des Parkes, ein Auto auf, gefolgt von einem zweiten, einem dritten usw. Nun wußten wir: es ist zu Ende. Nach wenigen Sekunden hielten alle Wagen vor dem Hotel. Die Delegierten stiegen aus, voran Brockdorff-Rantzau. Alle sahen ernst und blaß aus. Wir wurden sofort gebeten, uns im großen Speisesaal zu versammeln, wo der Delegationsführer Bericht erstatten würde. Gleich danach gab Brockdorff-Rantzau eine kurze Schilderung des Vorgefallenen. Er erzählte, daß er zwei Redeentwürfe vorbereitet hatte, einen konzilianten und einen schärferen, je nach Inhalt und Ton der Ansprache des Konferenzvorsitzenden Clemenceau. Aber schon nach den ersten Worten des „Tigers": „Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen!" sei ihm klar geworden, daß nur die zweite, die schärfere Fassung für seine Antwortrede in Frage kommen würde. Er habe diese Antwort sitzend — er betonte nachdrücklich „sitzend" — abgegeben, und instinktiv wunderten sich manche von uns über diese Demonstration, die wir, bei aller Würdigung seiner Gründe, für einen Fehler hielten und heute noch halten. (Aber diese Etikettefrage ist im Rahmen des ganzen Geschehens völlig belanglos. Mögen Lloyd George und Wilson über das, was sie als Unhöflichkeit oder gar als Provokation empfunden haben sollen, noch so sehr verärgert gewesen sein, an der endgültigen Gestaltung des Friedensvertrages wird das gewiß nicht einen einzigen i-Punkt geändert haben.)

Ueber den Inhalt des soeben überreichten Vertrages konnten natürlich Mitteilungen noch nicht gemacht werden. Zunächst war ja überhaupt nur ein Exemplar übergeben worden, aber einige weitere sollten jeden Augenblick folgen. Alle der englischen oder französischen Sprache kundigen Herren wurden gebeten, sich sofort in das Zimmer von Dr. Simons zu begeben, wo die Uebersetzungsarbeit unverzüglich verteilt werden würde.

Etwa zwanzig Mann stellten sich für diese Aufgabe zur Verfügung. Jedem Uebersetzer wurde ein Tippfräulein beigegeben. Wir brauchten in Dr. Simons Zimmer nicht lange zu warten. Nach wenigen Minuten erschien Justitiar Dr. Gaus mit den neu eingetroffenen Exemplaren. Jeder von uns erhielt einen Abschnitt des Vertrages, der aus dem Band einfach herausgerissen wurde, und begab sich sofort zur Arbeit. Ich bekam das Kapitel über das Saargebiet nebst dessen sehr ausführlichen Anlagen.

Rein technisch-organisatorisch wurde in jenen Tagen von der Delegation und den entsprechenden Berliner Stellen eine schöne Leistung vollbracht. Um Mitternacht lag der ganze Friedensvertrag fix und fertig übersetzt vor. Die einzelnen Abschnitte wurden gesammelt, geordnet und in der Nacht begann die Vervielfältigungsarbeit. Am nächsten Morgen standen der Delegation etwa fünfzig Exemplare dieser Uebersetzung zur Verfügung, während mit dem ersten Zuge ein Sonderkurier nach Berlin abging, der weitere Exemplare für die Regierung mitnahm. Am übernächsten Tage wurde sofort nach Eintreffen des Kuriers in Berlin ein Exemplar an die Reichsdruckerei geschickt, am Abend darauf lagen die Friedensbedingungen in ihrer vorläufigen Uebersetzung bereits als stattliches Buch vor, und weitere 24 Stunden später hatte jeder Angehörige der Friedensdelegation in Versailles ein solches gedrucktes Exemplar in Händen!

(Fortsetzung folgt)

Vom „dritten Reich“ enttäuschte Frauen

Die Lauten und die Stillen

Am 7. August sollte die Totenfeier für Hindenburg in Szene gehen. Am 5. August übersandte eine starke Gruppe nationaler Frauen dem deutschen Reichsinnenminister Frick folgendes Telegramm:

Deutschlands Frauen und Mütter wollen und müssen bei der nationalen Totenfeier am Tannenbergdenkmal vertreten sein!

Vieltausende deutscher Frauen.

Aber als die Beisetzungsfeierlichkeit begann, zeigte es sich, daß „wegen Raummangels“ nur männliche Teilnehmer eingeladen worden waren. In der „Deutschen Kämpferin“, einer durchaus nationalsozialistisch eingestellten Frauenzeitschrift, ertönte darob ein Klagelied:

Daß auch hier wieder die Mütter des Volkes sich durch eine weithin sichtbare Geste ausgeschlossen sahen von der Gemeinschaft der Nation, ist von allen leidenschaftlich deutschbewußten Frauen in schmerzlicher Ueberraschung und unter dem niederdrückenden Gefühl verletzter Ehre hingenommen worden.... Zahllose Vertreter fremder Regierungen, deren jede, wenn es ihr beliebt, uns übermorgen wieder in alle Abgründe des Krieges reißen kann, waren bei der Totenfeier für den „Vater des Vaterlandes“ vertreten — aber für die Mütter des Vaterlandes war „kein Raum“. Diejenigen weiblichen Volksgenossen, die sich in bedingungsloser Hingabe am Schicksal der Nation beteiligt und verantwortlich fühlen, buchen in schmerzlicher Erschütterung diese neue Erfahrung.“

Eine „neue Erfahrung“, nicht die erste, nicht die letzte — wahrlich nicht die schlimmste. Millionen Hitlerwählerinnen haben sich das „dritte Reich“ ganz anders vorgestellt und der Dank des Vaterlandes schmeckt ihnen bitter. In einem deutschen Fachorgan „Die Aerztin“ beschwert sich eine junge Medizinerin:

Wir alle haben es erlebt, dieses Von-Krankenhaus-zu-Krankenhaus-, Von-Chef-zu-Chef-Rennen und immer wieder die teils höflich ummäntelte, teils deutliche Auskunft erhalten, daß weibliche Aerzte jetzt nicht erwünscht seien. Der Chef eines hiesigen Krankenhauses äußerte sich über eine ihm bestens empfohlene Kollegin: „Ich möchte die Dame wegen ihrer guten Leistungen, die ich ja kenne, so gern annehmen. Aber was meinen Sie wohl, wie ich in Teufels Küche käme, wenn ich jetzt eine Frau auf meiner Abteilung einstellen würde!“ Andere schreiben von vornherein in die Stellenangebote: „Keine Aerztin!“

Die Stellen in den Krankenhäusern sind inzwischen von ganz jungen männlichen Kollegen besetzt, die größtenteils weder in ihrer persönlichen Einstellung zur Sache, noch in ihrer bisherigen Ausbildung dem „Leistungsprinzip“ gerecht werden, die aber den Vorteil haben, männlichen Geschlechts geboren zu sein.“

Die letzte Bemerkung wirft ein interessantes Licht auf die Zustände in den deutschen Krankenhäusern. Diese „ganz jungen Kollegen“ sind nämlich nicht nur Männer, sie sind vor allem auch SA.-Männer von Anbeginn. Und das zählt mehr als jede Leistung.

Die enttäuschten Hitlerwählerinnen der oberen Stände finden wenigstens noch hier und da Gelegenheit, ihre Stimme zu erheben, sich zu beschweren. Viel grausamer ist das Los der Frauen aus dem Proletariat. Sie haben in ihrer übergroßen Mehrheit das „dritte Reich“ nicht gewollt, sie sind nicht mitschuldig an Deutschlands Zusammenbruch wie ihre bürgerlichen Schwestern. Aber sie leiden am schwersten. Sie werden gezwungen, unbezahlte oder schlechtbezahlte Haus- und Landstellen anzunehmen, wenn Entlassungen vorgenommen werden, so sind sie zuerst an der Reihe, wenn neue Stellen zu besetzen sind, so kommen sie gewöhnlich nicht in Frage, denn die ganze weibliche Konkurrenz ist „nicht erwünscht“. Aber sie müssen schweigen — keine Zeitung öffnet ihnen ihre Spalten, keine Frauenzeitschrift erhebt für sie Anklage. Es gibt wieder eine Art „Frauenbewegung“, die dem Leite-Verein um 1870 gleicht, jenem exklusiven Klub, der in den Statuten eine Bestimmung hatte, daß über das Los der Arbeiterinnen, Dienstboten und Wäscherinnen nicht debattiert werden dürfe.

Die Proletarierfrauen müssen schweigen — aber ihre Rechtlosigkeit unterscheidet sich von der des vorigen Jahrhunderts in einem wesentlichen Punkte: es ist organisierte Rechtlosigkeit. Die Frauen von damals durften nicht organisiert sein, die Arbeiterinnen von heute müssen es sein. Die „Führerin der deutschen Frauen“, Gertrud Scholtz-Klink, gewährte unlängst den Zeitungen ein Interview. Sie orakelte:

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es da für uns Frauen ein ausgezeichnetes Mittel gibt: wir wollen nicht mit lauten Forderungen kommen und auch nicht mit langen Programmen. Wir wollen durch die täglichen und stillen Leistungen beweisen, daß wir da sind und wozu wir da sind. Damit unterstellen wir uns den natürlichen Gesetzen und Gegebenheiten. Dann brauchen wir nicht mehr um Rechte zu kämpfen, dann ergeben sie sich von selbst „aus der Situation“.

Was die Fabrikarbeiterin anlangt, so macht sich die Frauenführerin wenig Kopfzerbrechen:

Selbst an der Maschine wird die Frau alles, was ihr Wert gibt, bewahren können, solange die ihr innewohnende Kraft die Arbeit bestimmt und sie nicht „Arbeitssklavin“ wird.

Und wie fängt man es an, daß sie keine Sklavin wird? Erhöht man die Löhne, damit sie außerhalb der Fabrik ein menschenwürdiges Dasein führen, nicht in täglichen Kleinsorgen ersticken, ihren Blick weiten kann? Nein, das wären ja „laute Forderungen“. Frau Scholtz-Klink weiß ein viel einfacheres Mittel:

Ich sagte vorhin: bei der berufstätigen Frau kommt alles nur darauf an, daß ihre Fraulichkeit nicht unter der Arbeit verkümmert — so stellen wir ihr heute „soziale Betriebsarbeiterinnen“ und „Vertrauensfrauen“ zur Seite, die sie mit nationalsozialistischem Geist erfüllen sollen.“

Und nationalsozialistischer Geist ersetzt ohne weiteres ein warmes Mittagessen.

Es ist „organisierte Rechtlosigkeit“ im wahrsten Sinne. Die Großmütter wurden daran gehindert, sich zusammenzuschließen, damit sie nicht etwa das Denken erlernten. Die Enkelinnen, die Jahre freier Geistesschulung hinter sich haben, werden gezwungen, sich zu organisieren, damit sie das Denken wieder verlernen, damit sie, vom Phrasenschwall der „Vertrauensfrauen“ betäubt, ihre eigene Meinung aufgeben.

Doch das Mittel zieht nicht. Die Frauen der oberen Stände meckern ein wenig in ihren Zeitschriften und bekennen sich im übrigen nach wie vor zu jedem „Führer“, der bereit ist, ihre Klasse vor dem Bolschewistenschreck zu retten. Die Proletarierfrauen schweigen — aber ihr Schweigen ist für das „dritte Reich“ gefährlicher als die Unzufriedenheit der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, denn sie wissen, daß die Frau allein sich nicht befreien kann, so lange das Menschenrecht in Ketten liegt. Und sie sind tapfer. Was sie in der Freizeit tun, erzählen sie den „Vertrauensmann“ bestimmt nicht. Aber wenn einst das Hohelied der stillen, der „illegalen“ Arbeit im „dritten Reich“ geschrieben wird, so wird den Frauen mehr als ein Kapitel gewidmet sein.

„Sühne“

Ein Epilog zum 30. Juni

Breslau, 29. Sept. (Inpreß): Unter den Opfern des 30. Juni befand sich auch der Stadtbaurat Kamphausen aus Waldenburg, ein früherer Deutschnationaler. Seine Ermordung, die auf Grund persönlicher Feindschaft mit SS.-Führern aus seiner Gegend erfolgte, hat jetzt zu einer nachträglich inszenierten Justizkomödie geführt, die durchgeführt werden mußte, um die schlesischen Großgrundbesitzer und Industriellen zu beruhigen, bei denen der Fall Kamphausen große Erregung hervorgerufen hatte. Obwohl der Tatbestand des vorbedachten Meuchelmordes einwandfrei vom Gericht ermittelt wurde, erhielt der eigentliche Mörder Deponte wegen „Totschlag“ nur 5 Jahre Gefängnis. Seine Mithelfer, die SS.-Leute Förster und Jenke kamen mit 2 bzw. 1 Jahre Gefängnis davon. Die wirklichen Anstifter des Mordes blieben im Prozeß begreiflicherweise ungenannt.

Gegen jüdische Jugendverbände

Eine Anordnung Levetzows

Der Berliner Polizeipräsident von Levetzow hat eine Anordnung erlassen, die einen schweren Schlag gegen die jüdischen Jugendverbände darstellt. Danach ist den Angehörigen dieser Verbände für die Zukunft folgendes verboten:

1. Das öffentliche Tragen einheitlicher Kleidung, Uniform, Kluft usw. Hierzu gehört auch das Anlegen einer Bundestracht oder zu einer solchen gehörende Kleidungsstücke und Abzeichen unter Zivilkleidern sowie das Tragen jeder sonstigen, auch nur teilweisen einheitlichen Bekleidung, die als Ersatz für die bisherige Bundestracht anzusehen ist.
2. Gemeinsame Auf- und Ausmärsche, wehrsportliche und Geländeübungen, insbesondere solche in feldmarschmäßiger Ausrüstung sowie jegliches geschlossene Marschieren. Sportliche Uebungen, Spaziergänge, Ausflüge und Wanderungen im kleineren Rahmen werden von diesem Verbot nicht umfaßt, soweit hierbei jeder demonstrative Charakter fehlt.
3. Das öffentliche Zeigen oder Mitführen von Fahnen, Bannern, Wimpeln sowie Feldzeichen aller Art.
4. **Das Zusammenleben in Wohngemeinschaften und jegliches gemeinsame Uebernachten, insbesondere in Privaträumen und Zelten.**
5. **Die Herstellung und Verbreitung von Presseerzeugnissen aller Art, insbesondere von Flugblättern und Filmen.**

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung kann die Verhängung der Schutzhaft nach sich ziehen.

Diese Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten, die sich würdig in die Reihe ähnlicher Polizeianordnungen in anderen Städten stellt, **bedeutet praktisch die Lahmlegung der ohnehin stark eingeschränkten Tätigkeit der jüdischen Jugendverbände.** Aber selbstverständlich geschieht nach Goebbels den Juden in Deutschland nichts, und die diesbezüglichen Mitteilungen der antifaschistischen und ausländischen Presse sind „glatte Erfindungen“. Und wenn wir dann gelegentlich dem Reichslügenminister auf Grund der tatsächlichen und nichterfundenen Vorgänge in Deutschland unsere Meinung sagen, dann stellt er sich sehr gekränkt hin, hält Rundfunkreden und schließt sie voller Entrüstung mit seinem neudeutschen Gruß „Pfui Teufel“. Ja, wirklich „Pfui Teufel“ vor soviel Niedertracht und Feigheit.

„Keiner hungern und frieren?“

Abbau der Wohlfahrtspflege

Wie stark der „Abbau“ in der Fürsorge bereits fortgeschritten ist, beweisen sogar die offiziellen Zahlen über ihre Kosten, die jetzt veröffentlicht worden sind. Die Aufwendungen für die Hilfsbedürftigen, die nicht in Anstalten untergebracht sind, betrugen im letzten Jahre vor der Naziherrschaft (1932/33) 2 097 Millionen Mark, während sie im Jahre 1933/34 auf 1,866 Millionen Mark gesunken sind. Die Fürsorgeverbände haben also an den Armen mehr als 230 Millionen Mark erspart. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, ist eine Senkung der Belastung durch die Fürsorgeleistungen von 32,2 RM. im vorangehenden auf 28,0 RM. im letzten Jahre eingetreten. Den Notleidenden ist dabei in viel stärkerem Maße Hilfe entzogen worden, als diese Zahlen beweisen. Von den aufgewandten Fürsorgemitteln sind nur 1 648,5 Millionen RM. für eigentliche Unterstützungen ausgegeben worden. Und dabei hat man zahlreiche Notleidende, die nicht genügend „staatserhaltend“ dachten, von jeder Hilfe ausgeschlossen, so daß man die verminderten Mittel auf eine viel geringere Zahl verteilen und im Jahre jeder Familie durchschnittlich statt 408 RM. sogar 468 RM. zuwenden konnte, wobei die Leiden der Abgewiesenen nicht gezählt werden. Die kümmerlichen Leistungen des Winterhilfswerks, die mit 320 Millionen angegeben werden, enthalten zum erheblichen Teile zweifelhafte Nahrungsmittel, wie halbverdorbene Kartoffeln, und alte Kleidungsstücke, deren man sich gern entledigt hat.

Ihnen gegenüber hat man die Sozialleistungen der früheren Jahre in ganz unverhältnismäßigem Maße herabgesetzt. Während im Jahre 1930/31 bei fast gleicher sozialer Gesamtlage für Arbeitslosenfürsorge 4,450 Milliarden RM., für Krisenfürsorge 3,075 Milliarden RM. und für Sozialrenten 4,450 Milliarden ausgegeben wurden, sind jetzt an Reichszuschüssen für die Sozialausgaben nur noch 823 Millionen Reichsmark vorgesehen. Zu diesen treten die Leistungen der öffentlichen Versicherungsträger, der Länder und Gemeinden, die nach den Erfahrungen der Praxis höchstens das Vierfache der Reichsleistung betragen. Dann stehen dem früheren Sozialaufwand von 10,3 Milliarden nur noch 4,1 Milliarden RM. gegenüber. Diese „Ersparnis“ bedeutet gegenüber der armen Bevölkerung bei Berücksichtigung der Verteuerung aller Lebensmittel eine schwere Verelendung, die durch die „freiwilligen Leistungen“ des Winterhilfswerks in keiner Weise ernsthaft gemildert wird.

Bunte Spalte

Der Pflanzenbeschwörer

Zum sechzigsten Gründungsjubiläum des berühmtesten Unternehmens der russischen Pflanzenzucht hatten sich in der kleinen innerrussischen Stadt Michurinsk etwa 600 hohe Regierungsbeamte und Wissenschaftler eingefunden. Im Mittelpunkt der Feier stand der noch lebende Gründer des Unternehmens, der 79jährige Pionier des russischen Pflanzenbaus, Iwan Wladimirowitsch Michurin. Der Volksmund nennt ihn den Pflanzenzauberer.

Vor sechzig Jahren begann er ganz im kleinen sein Werk, in dessen Verfolgung er eine große Menge von Pflanzenarten in Rußland einführte, die dort bis dahin völlig unbekannt waren. In seiner Mustergärtnerei, die er zunächst im primitivsten Stil im Hintergarten seines Hauses eingerichtet hatte, dann aber auf das Grundstück eines ehemaligen Klosters verlegte, widmete er sich vor allem der Aufgabe, ausländische Baum- und Blumenarten den Bedingungen des russischen Klimas anzupassen. In alle Teile des russischen Reiches gingen die Pflanzensendungen aus der kleinen Stadt des Schwarzerdegebiets, abgeschickt von Michurin, der selbst die Grenzen seines Geburtsortes niemals überschritten hat. Selbst in den arktischen Gegenden wurden winterhart gezüchtete Bäume und Gartenpflanzen aus der Michurinschen Gärtnerei angepflanzt und haben sich dort ausgezeichnet bewährt.

Gegenwärtig arbeitet Michurin an der Züchtung eines in nördlichen Gegenden gedeihenden und Früchte tragenden Zitronenbaums. Noch ist es nicht so weit, der Baum trägt noch keine Früchte. Aber durch Kreuzung mit Weinstöcken hofft Michurin auch dies Ziel zu erreichen. Michurin ist der Gegenstand mancherlei Ehrungen. Regierungsbeamte überreichten ihm ein Dokument, das ihm den Titel „Ehrenwissenschaftler der Republik“ verleiht. Außerdem trägt Michurins Geburtsort, der bisher Kozlow hieß, von heute an den Namen Michurinsk. Schließlich ist zu Michurins Ehren in Minchurinsk ein Kongreß der russischen Gartenbauer.

Der Nobelpreisträger Pawlow 85 Jahre alt

Am 27. September feierte die Sowjetunion und mit ihr die Wissenschaft der ganzen Welt den 85. Geburtstag des berühmten russischen Gelehrten Iwan Petrowitsch Pawlow. Sohn eines Geistlichen, studierte er im alten Petersburg Medizin. 1890 wird er Professor der Medizinischen Akademie und verbleibt auf diesem Posten ununterbrochen bis 1934.

Einen Namen in der Wissenschaft hat er sich durch seine Untersuchungen über die Funktionen der wichtigsten Verdauungsdrüsen bei Tieren und Menschen erworben. Die Schrift über das Ergebnis seiner Arbeiten, die 1897 erschienen ist, hat in der ganzen medizinischen Welt stärksten Widerhall gefunden und die Pawlowschen Erfahrungen werden in allen europäischen Krankenhäusern bei der Heilung der Darm- und Magenerkrankungen angewandt.

Seine Arbeit findet überall Anerkennung. Pawlow wird zum Mitglied der Petersburger Akademie der Wissenschaften gewählt und wird bald darauf Nobelpreisträger.

Seine weiteren Unternehmungen in seinem inzwischen weltberühmt gewordenen Laboratorium sind für die Wissenschaft von größter Bedeutung.

Die wissenschaftlichen Arbeiten Pawlows finden auch die Anerkennung der sowjetrussischen Regierung. Anläßlich des 70. Geburtstages des großen Gelehrten — es war mitten im Bürgerkrieg — unterzeichnet Lenin ein Dekret, in welchem der Staatsverlag angewiesen wird, die Ergebnisse der Arbeiten des Akademikers Pawlow — seine Vorträge und Reden — herauszugeben. Dieses Sammelwerk ist in alle europäischen Sprachen übersetzt worden.

Heute leitet der 85jährige drei große Laboratorien, in denen über 50 Wissenschaftler dauernd neue Versuche an Tieren machen.

Dario Nicodemi †

In Rom ist am Montag der bekannte italienische Theaterschriftsteller Dario Nicodemi gestorben. Er wurde im Jahre 1875 in Livorno geboren und verbrachte seine erste Jugendzeit in Buenos Aires, worauf er sich in Paris niederließ. Vor etwa 20 Jahren kehrte er nach Italien zurück. Er hinterläßt eine große Anzahl von Lustspielen und Dramen.

Gedenktafel für Karl Marx

(I. I.) Die letzten zehn Jahre seines Lebens hat Karl Marx in einem Haus in Maitland Road, in der Londoner Vorstadt Hampstead gewohnt. Der Londoner Grafschaftsrat hat nun den Beschluß gefaßt an dem Haus eine Gedenktafel mit folgenden Worten anbringen zu lassen: „Hier lebte Karl Marx, sozialistischer Philosoph“. Die Bedeutung von Marxens Persönlichkeit in der Welt der Philosophie macht seinen Londoner Aufenthalt jenseits aller politischen Stellungnahme zu einer Stätte von ganz besonders historischer Bedeutung. Es ist darum nur zu verwundern, daß die Gedenktafel erst jetzt an seinem Wohnhaus angebracht wurde.

Amerikanische Sportler und Hitlers Ehrenwort

Auf Grund der **Zusicherungen, die die deutsche Regierung dem American Olympic Committee betreffend faire Behandlung jüdischer Sportler gegeben hat,** hat das American Olympic Committee auf seiner Sitzung am 26. September die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den internationalen Olympischen Spielen 1936 in Berlin beschlossen.

Nachdem die jüdischen Mitglieder des Comitee, Charles Ornstein und Fräulein Charlotte Epstein, sich gegen die Annahme dieses Beschlusses energisch aussprachen und an der Abstimmung nicht teilnahmen, wurde die Beschlußresolution einmütig angenommen. Zugleich mit der Annahme der Resolution hat das American Olympic Committee eine Warnung erlassen, **daß, falls Deutschland seine Zusage betreffend faire Behandlung der Juden im Sport verletzt, die Resolution zurückgezogen werden wird.** Die Resolution lautet:

„Angesichts der von dem Deutschen Olympischen Komitee und den Vertretern der deutschen Regierung gegebenen Zusicherungen, nehmen wir die Einladung des Deutschen Olympischen Komitees zur Teilnahme an der Welt-Olympiade in Berlin an.“

Der Beschluß des American Olympic Committee hat in weiten Kreisen der jüdischen und nichtjüdischen Oeffentlichkeit in Amerika starkes Befremden hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Resolution in Widerspruch steht zu der Haltung der Mehrzahl der Mitglieder der American Athletic Union und nur von einem Teil der Mitglieder des American Olympic Committee, der der Sitzung beiwohnte, angenommen wurde.

Das Loch-Neß-Ungeheuer

Dem Loch-Neß-Ungeheuer soll nunmehr mit den modernsten Mitteln der Tiefseetechnik zu Leibe gegangen werden. Der bekannte amerikanische Tiefseeforscher Williamson beabsichtigt, auf den Boden des Loch Neß hinabzusteigen, und zwar in einem starkwandigen Eisenrohr, dessen unteres Ende sich zu einem Raum von zwei Meter Durchmesser erweitert. Dieser Raum ist mit Glasfenstern versehen, die es ermöglichen sollen, fotografische Aufnahmen im Wasser zu machen.

Aus Oesterreichs Konzentrationslagern

In Wöllersdorf allein 5063 Gefangene

Die Regierung Schuschnigg hat sich unter dem Eindruck ihrer Genfer Erfahrungen auf die Gefangenenstatistik geworfen. Die Fürstin Starhemberg hat in Genf verkündet, daß nicht einmal ein sechzehntel Prozent der Bevölkerung eingesperrt sei, also mindestens 10 000 Menschen in Oesterreich Gefangene sind. Zwei Tage später hat der Bundeskanzler Schuschnigg selbst beim Appell seiner Wiener „Sturmscharen" eine Rede gehalten, in der er eine ganze Statistik über Wöllersdorf zum Vortrag brachte. Er stützte sich auf eine amtliche Feststellung vom 23. September. Nach dieser sind in Wöllersdorf 4507 Nationalsozialisten und 556 „Linksorientierte", also Sozialdemokraten, eingesperrt. Das ergibt die schöne Summe von 5063 Gefangenen in Wöllersdorf. Von 818 Nationalsozialisten erklärt Dr. Schuschnigg selbst, daß sie nicht infolge gerichtlicher Entscheidung, sondern „durch Verwaltungsverfahren" angehalten werden. Bezüglich der „Linksorientierten" hüllt sich Dr. Schuschnigg in Schweigen. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß keiner dieser 556 Gefangenen auf Grund gerichtlicher Entscheidung nach Wöllersdorf kam, sondern bloß „durch Verwaltungsverfahren", was nichts anderes bedeutet, als daß sie durch Polizeiwillkür in Präventivhaft gesetzt wurden.

5063 Gefangene sind allein in Wöllersdorf. Ueber die anderen Konzentrationslager, über Messendorf bei Graz, Harland bei St. Pölten, Kaisersteinbruch im Burgenland hat Dr. Schuschnigg nicht gesprochen. Eine Ergänzung der Statistik wäre also höchst aufschlußreich.

Inzwischen hat aber Dr. Schuschnigg aus seiner statistischen Erhebung sogleich die praktischen Konsequenzen gezogen. Am 24. September, also am Tag nach der amtlichen Feststellung, wurde durch einen Beschluß des Ministerrats ein „Bundesgesetz" erlassen, durch das die Konzentrationslager in Oesterreich zu einer dauernden Einrichtung gemacht werden. Auf Grund dieses „Bundesgesetzes" kann in Zukunft „die durch den Sicherheitsdirektor zu verfügende Anhaltung auf eine befristete Anhaltedauer oder auf eine unbestimmte Zeit erkannt" werden. Auch sozial wird vorgesorgt: „Für die Dauer der Unterbringung im Anhaltelager ruht der Bezug von Renten aus der österreichischen Sozialversicherung."

In seiner Rede bei den Sturmscharen hat Dr. Schuschnigg eine tiefe Wahrheit verkündet: Er sagte: „Die Einrichtung der Anhaltelager ist keine österreichische Erfindung." In der Tat ist Dr. Schuschnigg auch in diesem Punkt der gelehrige Schüler der Hitler-Methoden.

Der Bischof von Bradford

Ein Vorbild für deutsche Kirchenfürsten

In Bradford (England) fand ein vom Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus veranstaltetes Meeting statt, in dem außer Mister J. B. Priestley, Byoyan Adams, J. R. Campbell, Miß Ellen Wilkinson auch der Bischof von Bradford das Wort nahm.

Er wandte sich in seiner Rede gegen die anonymen Briefschreiber, die ihm zum Vorwurf machen, daß er das englische Prestige und seine Kirche in den Sumpf ziehe. „Ich zitiere diesen Brief," sagte der Bischof, „nicht allein weil er albern, unwissend und schlecht geschrieben ist, sondern weil er mir Gelegenheit gibt zu betonen, daß die Versammlung nicht allein stattfindet wegen den Juden, sondern stattfindet für die Opfer der Tyrannei. Wir protestieren im Namen der Gerechtigkeit. Wenn irgend jemand mit irgend einer politischen Meinung hier stehen wird, um gegen Tyrannei und Grausamkeit zu protestieren, werde ich ihm zur Seite stehen."

Die Versammlung nahm eine Resolution an, die das Entsetzen über die Grausamkeiten des deutschen Faschismus ausdrückt und dem Welthilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus Unterstützung in seinem Kampfe zusagt.

Pariser Berichte

Ein Ehedrama

Das bekannte Hospital Bretonneau im Montmartreviertel von Paris ist Sonntag abend der Schauplatz eines Ehedramas geworden, bei dem eine Frau schwer verbrannt und zwei weitere leicht verletzt wurden. Die junge 23jährige Frau Soumail hatte ihren Mann vor etwa zwei Monaten verlassen, weil sie seine Roheiten nicht länger ertragen konnte. Sie hatte ihr sechsjähriges Töchterchen zu ihren Eltern gegeben und war selbst glücklich, eine Stellung als Krankenpflegerin in der Kinderabteilung des Hospitals Bretonneau gefunden zu haben. Ihr Mann aber hatte ihren Aufenthalt entdeckt und bedrohte sie von neuem. Am Sonntagabend nun hatte er das Gitter des Hospitals überklettert und war unbefugt in die Station eingedrungen, in der seine Frau beschäftigt war. Er fand seine Frau auf der Kinderstation und übergoß sie, ehe sie sich wehren konnte, mit Vitriol. Schwerverletzt brach die junge Frau zusammen. Ihr wurde von zwei anderen Pflegerinnen sofort die erste Hilfe zuteil, die sich bei der Hilfeleistung aber durch die ätzende Flüssigkeit selbst verletzten. Der Täter wurde im Park des Krankenhauses unter einer Bank versteckt aufgefunden und der Polizei übergeben.

Goldene Doppelhochzeit

Eine goldene Hochzeit ist sicher ein seltenes Ereignis, wenn aber gleich zwei Paare goldene Hochzeit feiern und wenn diese zwei Paare noch zwei Brüder und zwei Schwestern sind, so dürfte das doch ein Ereignis sein, das jahrzehntelang sich nicht wiederholt. Eine solche goldene Doppelhochzeit wurde Samstag unter Beteiligung der ganzen Bevölkerung in dem kleinen Städtchen Pontchartrain im Departement Seine und Oise gefeiert. Um 11 Uhr fand in der Kirche Saint Lin de Pont Chartrain die feierliche Einsegnung der beiden Jubelpaare, Herr und Frau Paul Pascal und Herr und Frau Georges Bascal statt. Beide Brüder hatten vor fünfzig Jahren zwei Schwestern in Paris geheiratet. Die Kinder, Enkelkinder, Verwandten und Freunde wohnten dem schönen Familienfest bei, das die glücklichen Eheleute im „jugendlichen" Alter von 78 beziehungsweise 76 Jahren in voller körperlicher Frische begingen.

Gute Geldanlage oder Teilhaberschaft

Für Vergrößerung bekannten Restaurants Monaco (Monte-Carlo) werden 120 — 1500 0 Fr. gesucht mit stiller oder tätiger Teilhaberschaft. Ausbau mit Laden für Sport- oder Luxusartikel ist beabsichtigt. Keine Steuern. Näheres:

Mr. André, 20, rue Grimaldi, Monaco.

Auch in Frankreich zahlt man Steuern

Ohne Steuerreformen wird man den Lebensstandard nicht verbilligen können, das ist die Ansicht aller Kaufleute. Denn sie müssen vierzehn verschiedene Steuern bezahlen: Grundsteuern, Patent, Steuern auf unveräußerliches Gut, Automobil-, Pferd- und Wagensteuer, Stempelmarken für Aktien, Obligationen und Gründungsanteile, Steuern auf Schuldforderungen, Depots und Bürgschaften, Steuern für die Handelskammer, örtliche und kommunale Steuern, Lehrlingssteuern, Beiträge für die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten, Gewerbesteuern, Zoll, Steuer auf Einkommen aus geschäftlichen Betrieben und noch Sondersteuern.

Die Aktiengesellschaften haben allein im Jahre über 700 Millionen an Steuern der vorbezeichneten Art aufbringen müssen, mit anderen Worten, wenn der Aktionär eine Dividende von 100 Fr. erhält, empfängt der Staat 231 Fr.

So mußte z. B. die Galerie Lafayette im Jahre 1932 mehr als 47 Millionen Fr. an Steuern und Abgaben zahlen, sie arbeitet also, wie die Verwaltung erklärt, von drei Tagen in der Woche zwei Tage lediglich für den Staat.

Das Warenhaus „Bon Marché" mußte an den Staatssäckel 37 Millionen abführen, während die Aktionäre nur 18 Millionen erhielten.

Beim „Louvre" ist die Steuerschraube so stark angezogen, daß diese Firma von 305 Arbeitstagen im Jahre 214 nur zur Aufbringung der Steuern arbeitet, während sie lediglich 91 Tage für ihren eigenen Bedarf schafft.

Die Stahlwerke von Longwy haben ihren Angestellten im verflossenen Jahre 84 Prozent, dem Staat 16 Prozent und den Aktionären nichts bezahlt.

Ein großer Kohlenhändler, das Haus Bernot Frères, weist nach, daß er im Jahre 1932 137 Tage gearbeitet hat, um seinen Verpflichtungen für Löhne und Gehälter gerecht zu werden; weitere 105 Tage mußte er arbeiten, um die Steuern zu bezahlen, weitere 82 Tage waren nötig zur Deckung der allgemeinen Unkosten, 14 weitere Tage Arbeit wurden gebraucht, um die Kosten der Erhaltung des Inventars zu decken und lediglich an 97 Tagen im Jahre konnte der Kohlenhändler für seinen Verdienst arbeiten.

Aus dieser kurzen Zusammenstellung geht hervor, daß die Krise auch in Frankreich ohne umwälzende Veränderung auf dem Gebiete der Besteuerung sich kaum beheben läßt.

„Vollschlank und reich"

In den „Breslauer Neuesten Nachrichten" konnte man kürzlich folgendes Inserat lesen: „Mein Führer wünscht, daß ich mich verheirate. Aus diesem Grunde suche ich ein junges evangelisches Mädchen, rein arischer Abstammung, blond, vollschlank und reich".

Eine zweite Rede von Max Braun

Nachdem Max Braun am Dienstag im Deutschen Klub über die Zukunft des Saargebiets sprach, ergreift er heute abend, Mittwoch, um 21 Uhr, erneut das Wort im Salle Wagram, 39, Avenue de Wagram, in einer von der französischen sozialistischen Partei gemeinsam mit deutschen Gesinnungsfreunden veranstalteten Pariser Saarkundgebung. Außer Braun sind für heute abend folgende Redner vorgesehen: Jean Duclos von der Kommunistischen Partei, Jean Zyromsky von der Sozialistischen und als katholischer Redner der Prinz Max Karl zu Hohenlohe-Langenburg. — Eintritt: 2 Franken, Mitglieder des Deutschen Klubs haben freien Eintritt. Die Gesamteinnahme wird dem Kampffonds für das Saargebiet überwiesen.

Französischer Sprachunterricht

Am Donnerstag, 4. Oktober, um 21 Uhr, beginnt ein neuer Kursus der französischen Sprache für Anfänger, und am Montag, 8. Oktober, um 21 Uhr, für Fortgeschrittene im Deutschen Klub (Salons le Peristyle, 31 bis, Rue Vivienne).

Der Unterricht findet einmal wöchentlich von 21—23 Uhr statt, auf Wunsch häufiger. Direkte Methode. Den Unterricht erteilt eine deutschsprechende französische Lehrerin. — Beteiligung für Klubmitglieder frei. Für Gäste: 2 Franken pro Stunde.

Literatur

Neues Buch der Büchergilde

Sturm über Stifflis, Roman von Jakob Bührer, Illustrationen von Fritz Pauli. Verlag der Büchergilde Gutenberg. Mitgliedpreis 4,— Franken.

Stifflis? Wo liegt Stifflis? — Der Name klingt durchaus vertraut, aber . . . Man schlägt im schweizerischen Ortslexikon nach. Nein es gibt keins. So wenig wie ein Seldwyla. Aber wer Bührers neuen Roman gelesen hat, wird überzeugt sein, so sehr Seldwyla hundertmal im schweizer Unterland liegt, so oft liegt Stifflis in unseren Bergen. In einem Kapitel, das den launigen Titel trägt „Jetzt kommt der Jodel" wird der tiefen Gemütsveranlagung des schweizerischen Bergbauern ein hohes Lied gesungen. Das mag bei Bührer überraschen, aber nur diejenigen, die übersahen, daß der scharfe Gesellschaftskritiker immer von einem starken Glauben an die seelischen Fähigkeiten des Menschen ausging, und die Ursache der menschlichen Unzulänglichkeit in den unzulänglichen gesellschaftlichen Einrichtungen erkannte. So gut wären die Menschen veranlagt, aber sie verkümmern und verrohen unter ihren Einrichtungen, und doch bestünden Möglichkeiten, die Existenzbedingungen zu ändern. Das ist der Inhalt dieser mit einem mitreißenden innern Tempo geschriebenen Erzählung, die von warmer Freude am Menschen und Gegenständlichen sich zum überstürzenden dramatischen Geschehen steigert. — Bührer sagt in der Zeitschrift „Büchergilde", daß es ihm darum zu tun war, „ein Porträt des heutigen Schweizervolkes zu malen". Indem er einen jungen Arbeiter in der Ichform seine Lebensgeschichte erzählen läßt, gelingt im Zusammenspiel mit den Ereignissen im Bergdorf, ein treffendes Porträt der heutigen Schweiz.

BRIEFKASTEN

Lux. Besten Dank. Wir prüfen bald.

Dr. med., Neapel. Sie teilen uns mit: „Bei der Entbindung der italienischen Kronprinzessin Jose Maria wurde der berühmte jüdische Gynäkologe und Professor an der Universität Rom Dr. Artom, der aus Rom nach Neapel berufen worden war, zur medizinischen Hilfeleistung herangezogen." Zustände in Mussolinien! Hitler muß nochmal hinfahren, um den richtigen Faschismus zu lehren. Wenn Hitlers mal eine Prinzessin bekommen sollten, wird Julius Streicher als Geburtshelfer fungieren.

„Ferien in der Heimat". Ihrem Briefe entnehmen wir: „Der Streit in der kommunistischen und der sozialdemokratischen Presse über die Parteilinie des „Roten Stoßtrupps" ist überflüssig. Der RS. war weder eine Zusammenfassung illegaler Sozialdemokraten, noch eine solche illegaler Kommunisten. Sein Kurzprogramm distanzierte sich ausdrücklich und unzweideutig von der Politik der früheren SPD. und der früheren KPD. Richtig ist, daß die Mehrzahl der RS.-Leute junge Sozialisten waren. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß sie ausnahmslos der früheren Parteiführung sehr kritisch gegenüberstanden. Es ist sachlich irreführend, den RS. als einen Bestandteil der illegalen sozialdemokratischen oder kommunistischen Arbeit zu betrachten und zu bezeichnen. Die Publikation dieses Irrtums, die in Nr. 64 des „Neuen Vorwärts" begann, ist außerdem taktisch bedenklich, da sie nachträglich die These des Staatsanwaltes stützt, der die Schwere der Strafanträge mit der angeblich engen Verbindung zwischen RS. und Prag rechtfertigt. Eine solche enge Verbindung hat nie bestanden! Der RS. war der erste große und opferreiche Versuch, die Grundlagen für eine neue sozialistische Front zu schaffen. Es ist mir ein Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit der Schriftleitung der „Deutschen Freiheit" die vielfachen Urteile reichsdeutscher Freunde bekanntzugeben, denen die Lektüre der Zeitung ermöglicht wurde. Sie sind erfreut, daß in dem Blatte auch jene Stimmen Gehör finden, die eine neue sozialistische Front der zweckmäßigsten Vereinigung aller Widerstandskräfte gleichsetzen. Die große Mehrheit der jüngeren sozialistischen Generation bekennt sich zu dieser Ueberzeugung und arbeitet im Rahmen der geringen Möglichkeiten an ihrer Verwirklichung. (Das Geschehen seit Januar 1933 hat auch größere Kreise junger Kommunisten wesentlich kritisch gemacht.) Daß die Schriftleitung jener Diskussion Raum gibt, findet den begeisterten Beifall dieser jüngeren Kreise."

Eure Zustimmung freut uns sehr; wir werden auch in Zukunft jede Schulmeisterei unterlassen und der suchenden ernsten Selbstkritik Raum gewähren. „Wer fertig ist, dem ist nichts recht zu machen, ein Werdender wird immer dankbar sein." Die Wahrheit gebietet, hinzuzufügen, daß unseres Wissens der oft geschmähte Prager Parteivorstand gegen die von euch gerühmte Toleranz der „D. F." nie etwas eingewendet hat.

A. P. Berlin. Sie machen uns auf einen neuen Erwerbszweig aufmerksam. Findige Leute verkaufen Familienwappen, womit sie auf dem Lande teilweise Erfolg haben, da die Bauern glauben, durch den Besitz eines solchen Wappens nun gegen alle Schikanen „gewappnet" zu sein. Solche Sorgen hat man derzeit in Deutschland. Die „NS.-Landpost" gibt den Bauern nun zum Beweise dessen, wie der Reichsnährstand den Bauern hilft, genaue Anweisungen, daß man nicht ohne weiteres unkontrollierbaren Verkäufern vertrauen solle. Man müsse sich vielmehr an die Kreisbauernschaft wenden, die die Angelegenheit an die Landesbauernschaft oder den Reichsnährstand weitergebe. Dieser setzt sich mit dem Stabsamt des Reichsbauernführers und dem Reichsverein für Sippenforschung und Wappenkunde in Verbindung. Danach werde der Auftrag mit den nötigen Unterlagen einem erfahrenen Heraldiker übergeben. — Hoffentlich gibt es auch Bauern genug, deren Stolz in dem alten Spruche liegt: „Das beste Wappen in der Welt, das ist der Pflug im Ackerfeld."

Amsterdam. Sie teilen uns mit: „In Doorn hat es bisher eine Straße gegeben, die den Namen „Hitler-Laan" trug. Daraufhin richteten die Doorner Bürger eine Petition an den Gemeinderat, in der sie um Aenderung des Straßennamens baten, da sie nicht einmal mit einem zusätzlichen „r" an den Namen Hitlers erinnert werden wollten. Der Gemeinderat beschloß darauf tatsächlich, den Namen der Straße zu ändern." Ausgerechnet in Doorn! Konnte das der Emigrant Wilhelm II. nicht verhindern?

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pitz in Dudweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH., Saarbrücken 3, Schützenstraße 5. — Schließfach 773 Saarbrücken.

„Deutsche Freiheit"

Abonnementspreise:

		im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,—	0,50
Argentinien	Peso	3,—	1,—
Belgien	belg. Fr.	15,—	5,30
Dänemark	Kr.	3,70	2,30
England	sh	4,—	1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,—	3,75
Holland	fl.	1,50	0,40
Italien	Lire	10,—	5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	5,30
Neubelgien (Eupen-Malmedy)	belg. Fr.	12,—	5,30
Oesterreich	(verboten)	—	—
Palästina	sh	4,—	1,10
Polen	(verboten)	—	—
Rumänien	Lei	90,—	30,—
Rußland	Rubel	1,—	—
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	7,50
Schweden	Kr.	2,60	1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,80
Spanien	Peseta	6,—	2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.